

Mitteilung des Senats

vom 6. Februar 1906.

Inhaltsverzeichnis.

1. Bericht der Finanzdeputation	S. 84.
2. Bericht der Deputation für die Gefängnisse	" 88.
3. Bericht der Deputation für die Krankenanstalt zum Budget der Krankenanstalt und zum Budget des St. Jürgen-Ayils Ellen	" 91.
4. u. 5. Bericht der Polizeidirektion	S. 93. "
6. Bericht des Landherrnamts	" 98.
7. Bericht der Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke	" 99.
8. Bericht der Senatskommission für Zollangelegenheiten	" 100.
9. Bericht der Baudeputation, Abteilung Allgemeine Bauverwaltung	" 106.
10. Bericht der Baudeputation, Abteilung Straßenbau	" 108.
11. Bericht der Baudeputation, Abteilung Wegbau	" 112.
12. Bericht der Baudeputation, Abteilung Wasserbau	" 116.
13. Bericht der Deputation für Häfen und Eisenbahnen	" 118.
14. Bericht der Deputation für das städtische Orchester und das Stadttheater	" 125.
15. Bericht der Baudeputation, Abteilung Hochbau (Außerordentliche Bauten)	" 126.

Budget für das Rechnungsjahr 1906.

Der Senat läßt der Bürgererschaft hierneben die Budgetvorlage der Finanzdeputation für das mit dem 1. April d. J. beginnende Rechnungsjahr mit den Budgetberichten

- 1) der Finanzdeputation,
- 2) der Deputation für die Gefängnisse,
- 3) der Deputation für die Krankenanstalt zum Budget der Krankenanstalt und zum Budget des St. Jürgen-Ayils Ellen,
- 4) und 5) der Polizeidirektion,
- 6) des Landherrnamts,
- 7) der Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke,
- 8) der Senatskommission für Zollangelegenheiten,
- 9) der Baudeputation, Abteilung Allgemeine Bauverwaltung,
- 10) der Baudeputation, Abteilung Straßenbau,
- 11) der Baudeputation, Abteilung Wegbau,
- 12) der Baudeputation, Abteilung Wasserbau,
- 13) der Deputation für Häfen und Eisenbahnen,
- 14) der Deputation für das städtische Orchester und das Stadttheater,
- 15) der Baudeputation, Abteilung Hochbau (Außerordentliche Bauten),

zur Beschlußfassung mit dem Bemerken zugehen, daß er sich seine Erklärung vorbehält.

Zugleich ersucht der Senat die Bürgererschaft um ihre Zustimmung zum Erlaß des Gesetzes, betreffend die Wassersteuer für das Rechnungsjahr 1906, in derselben Form und mit denselben Steuersätzen wie für das Rechnungsjahr 1905, und des Gesetzes wegen der Einkommensteuer in derselben Form und mit denselben Einheitsätzen wie im Rechnungsjahre 1905.

Anlage 1.

Budgetbericht der Finanzdeputation.

Die vorläufige Zusammenstellung des Budgets ergibt einen Fehlbetrag von 971 883 M. gegen 759 901 M. im festgestellten Budget für 1905. Es ist jedoch mit Sicherheit anzunehmen, daß sich der Fehlbetrag bei den Budgetberatungen durch Streichung beantragter Ausgaben noch bedeutend vermindern wird. Ist hiernach im Vergleich zu den Vorjahren eine Besserung der Finanzlage auch nicht zu verkennen, so kann doch auf die Fortdauer dieser günstigen Entwicklung nicht gerechnet werden. Inwieweit die veränderte handelspolitische Lage auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Bremens nachteilig einwirken wird, läßt sich noch nicht beurteilen und ebenso wenig kann zur Zeit übersehen werden, ob der Ausfall an jährlichen Einnahmen, den die Reichsfinanzreform für Bremen zur Folge haben wird, auf den ursprünglich veranschlagten Betrag von 300 000 M. beschränkt bleibt. Die günstigere Gestaltung des Budgets ist zum Teil auch dem Umstande zu verdanken, daß von der im Jahre 1905 aufgenommenen Anleihe noch große Summen verzinslich belegt sind. Die verhältnismäßig hohe Einnahme an Bankzinsen, die infolgedessen dem Rechnungsjahre 1906 zugute kommt, wird aber in Zukunft wegfallen und es ist kaum zu erwarten, daß der dadurch entstehende Einnahmeausfall durch vermehrte Erträge der rentablen Anlagen sofort wieder ausgeglichen wird. Im einzelnen ist zu der Budgetvorlage folgendes zu bemerken:

Außerordentliche Einnahmen.

Kap. I. Tit. 1. Bankzinsen. Von der im Jahre 1905 aufgenommenen Anleihe von 30 000 000 M. werden zu Beginn des Rechnungsjahres noch größere Summen zur Verfügung stehen. Infolgedessen kann die Einnahme an Bankzinsen für das Rechnungsjahr 1906 auf 300 000 M. veranschlagt werden. Dazu kommen als Übertrag von 1905 (Kap. III der außerordentlichen Einnahmen) noch 150 000 M., die von den Zinseinnahmen des laufenden Rechnungsjahres für das Jahr 1906 zurückgestellt sind (vergl. Bericht der Finanzdeputation v. 11. Februar 1905 — Verhdlg. S. 93 —). Um aber dem Rechnungsjahre 1907, welches voraussichtlich die volle Zinsenlast der im Jahre 1905 aufgenommenen Anleihe zu tragen haben wird, den Übergang zu erleichtern, empfiehlt die Finanzdeputation, von den im Jahre 1906 eingehenden Bankzinsen den Betrag von 100 000 M. auf das Rechnungsjahr 1907 zu übertragen. Demzufolge sind im Kapitel II der außerordentlichen Ausgaben „Vermischte Ausgaben“ 100 000 M. in Ausgabe gestellt.

Kap. I Tit. 2. Beiträge für Straßenanlagen. Von dem eingestellten Betrage von 174 700 M. entfallen 144 700 M. auf die mutmaßlich später wieder eingehenden „Beiträge für die Neuanlegung von Straßen“, welche dem laufenden Haushalt von dem Separatfonds für außerordentliche Verwendungen vorgeföhren werden (s. Verhdlg. v. 1903, S. 65, 373, 403 u. Spez.-Budget Nr. 123).

Kap. I Tit. 5. Unvorgesehene Einnahmen. Die eingestellte Summe von 14 000 M. ist bemessen nach dem Durchschnitt der in den letzten zehn Jahren unter diesem Titel tatsächlich eingegangenen Einnahmen.

Kap. II Tit. 1. Unterwerferkorrektur. Im Finanzplan (vergl. Gesetzbl. 1895, S. 109) sind für das zwölfte Betriebsjahr nur 476 400 M. vorgeföhren. Die eingestellte Summe übersteigt diesen Betrag um 39 600 M. und die im Jahre 1905 eingestellte Summe um 7950 M.

Kap. IV. Aus Überschüssen früherer Jahre. Nach dem Reichshaushaltsetat für 1906 bleiben die Einnahmen vom Reich hinter den Ausgaben für das Reich (Kap. IX, Titel 1) um den hier eingestellten Betrag zurück.

Ordentliche Einnahmen.

Kap. I. Von Eigentum und Rechten. Die Summe des Kapitels ist um 534 013 M. höher als im festgestellten Budget für 1905. An diesem Mehrbetrage

sind die Hufe
Elektrizitäts
Straßenbahn

Kap.
Vorjahres u
entfallen.
im Jahre 1
schaftlichen
die Bestener
Ertrag erge

Kap.
im laufenden
nicht ganz e
festgestellten
(Tit. 4) um
um 111 778

Kap.
Vorjahr nur
nimmt mit
51 000 M.

Kap.
183 824 M.
fast ganz a
Erhöhung d

Die
nach Abzug
Posten der
Schlachthofes
im festgestell
die des Vorj
und die aus

Kap.
Die zur Ber
Senat betref
diese Summ
40 000 M.
Vorbehalt i
Die Summe
für 1905.

Kap.
Vorjahren
Tit. 3. M
das Vorjahr
der Gehalte
für Zivilsach
eine Abteilu
barkeit zerleg
von 10 320
Budget Nr.
einen solchen

Kap.
als im festge

sind die Häfen und Eisenbahnen mit 121 190 M., der Reinertrag des Gas- und des Elektrizitätswerks mit 182 500 M., die auf Vertrag beruhende Abgabe der Bremer Straßenbahn mit 55 000 M. beteiligt.

Kap. II. Direkte Steuern. Die Summe des Kapitels übersteigt die des Vorjahres um 392 500 M., wovon auf die Einkommensteuer allein 250 000 M. entfallen. Es ist anzunehmen, daß sich das kaufmännische Einkommen, das bereits im Jahre 1904 nicht unbeträchtlich zugenommen hatte, infolge der günstigeren wirtschaftlichen Verhältnisse im Kalenderjahre 1905 weiter gehoben haben wird, so daß die Besteuerung nach dem dreijährigen Durchschnitt einen nicht unbeträchtlich höheren Ertrag ergeben wird als im laufenden Rechnungsjahre.

Kap. III. Indirekte Steuern. Tit. 3. Erbschaftsabgabe. Der Voranschlag im laufenden Rechnungsjahre wird voraussichtlich im kommenden Rechnungsjahre nicht ganz erreicht werden, weshalb 100 000 M. weniger eingestellt sind als im festgestellten Budget für 1905. Dagegen konnte der Ertrag der Veräußerungsabgabe (Tit. 4) um 150 000 M. höher veranschlagt werden. Die Summe des Kapitels ist um 111 778 M. höher als im festgestellten Budget für 1905.

Kap. IV. Gebühren, Geldstrafen. Die Summe des Kapitels ist gegen das Vorjahr nur um 27 950 M. gewachsen. Die Gebühr für Tonnenreinigung (Tit. 6) nimmt mit dem Vorschreiten der Spülklosetteinrichtung ständig ab und mußte um 51 000 M. niedriger veranschlagt werden als im Rechnungsjahre 1905.

Kap. V. Vermischte Einnahmen. Die Summe des Kapitels ist um 183 824 M. höher als im festgestellten Budget für 1905. Der Mehrertrag entfällt fast ganz auf die vermehrte Einnahme der Zollverwaltung, welche in einer entsprechenden Erhöhung der Ausgaben für die Zollverwaltung ihren Ausgleich findet.

Die Gesamtsumme der ordentlichen Einnahmen ist um 1 284 365 M. oder nach Abzug der Einnahmen vom Reich, der Schiffsabgabe, der durchlaufenden Posten der Wasser-, Kanal- und Armensteuer sowie der Amortisationsraten des Schlachthofes und der Erleuchtungs- und Wasserwerke um 1 185 287 M. höher als im festgestellten Budget für 1905. Die außerordentlichen Einnahmen übersteigen die des Vorjahres um 80 634 M. oder ohne die zum Ausgleich für die Wejerkorrektion und die aus den Überschüssen früherer Jahre entnommenen Summen um 71 000 M.

Ordentliche Ausgaben.

Kap. 1. Senat und Bürgerchaft. Tit. 6 zur Verfügung des Senats. Die zur Verfügung des Senats stehende Summe ist durch § 37 des Gesetzes, den Senat betreffend, auf jährlich 30 000 M. festgesetzt. Der Senat hat beschlossen, da diese Summe den wachsenden Anforderungen nicht mehr genügt, die Erhöhung auf 40 000 M. zu beantragen. Dieser Betrag ist von der Finanzdeputation unter Vorbehalt späterer Genehmigung der Bürgerchaft vorläufig in das Budget eingestellt. Die Summe des Kapitels ist um 11 025 M. höher als im festgestellten Budget für 1905.

Kap. II. Rechtspflege. Die Summe des Kapitels ist im Vergleich zu den Vorjahren bedeutend gewachsen. Sie ist um 105 610 M. höher als im Jahre 1905. Tit. 3. Amtsgericht Bremen. Die Zahl der Mitglieder des Amtsgerichts ist gegen das Vorjahr um zwei vermehrt, vornehmlich infolge dieses Umstandes ist die Summe der Gehalte (Spez.-Budget Nr. 47 I) um 10 583,34 M. gewachsen. Die Abteilung für Zivilsachen, welche in dem vorliegenden Budget aus Zweckmäßigkeitsgründen in eine Abteilung für streitige Zivilsachen und eine Abteilung für freiwillige Gerichtsbarkeit zerlegt ist (s. Spez.-Budget Nr. 47 II und III), erfordert einen Mehraufwand von 10 320 M., die Abteilung Erbe- und Handfestenamt und Grundbuchamt (Spez.-Budget Nr. 47 IV) einen solchen von 8800 M., die Abteilung für Strafsachen einen solchen von 5740 M.

Kap. III. Polizei. Die Summe des Kapitels ist um 272 342 M. höher als im festgestellten Budget für 1905.

Kap. IV. Finanzen. Tit. 1. Finanzdeputation. Es hat sich als erforderlich erwiesen, den Posten eines Kanzleigehülfen neu zu schaffen und dafür einen Schreiberposten wegfällen zu lassen. Die Geschäfte des Rechnungsbeamten Hartwig haben allmählich sehr zugenommen. Der Beamte ist durch die regelmäßig im Laufe des Jahres vorzunehmenden Kassenrevisionen gezwungen, etwa drei Monate im Jahre außerhalb des Bureaus zu arbeiten. Infolgedessen fällt ein großer Teil der sonst von ihm zu erledigenden laufenden Bureauarbeiten dem Kanzlisten zu, der dabei auf die selbständige Mitwirkung des ältesten Schreibers Burmeister angewiesen ist. Letzterer ist daher durchweg mit Arbeiten beschäftigt, die eine gründliche Kenntnis des Rechnungswesens voraussetzen und über die Dienste eines Schreibers hinausgehen. Sollte der beantragte Posten nicht genehmigt werden, so würde für den Schreiber Burmeister das ihm zukommende Gehalt mit 1600 M. einzustellen sein.

Tit. 2. Generalkasse. Die Zahl der Bureaubeamten, welche dem General-einnehmer bei Verwaltung der Generalkasse zur Seite stehen, ist seit 1871 — abgesehen von dem im Jahre 1898 neu eingerichteten Schuldbuchbureau, für das zwei Beamte ausschließlich beschäftigt werden — nur um einen vermehrt worden, obgleich sich inzwischen die Geschäfte der Generalkasse nahezu verdoppelt haben. Der General-einnehmer ist infolge dessen durch die laufenden Arbeiten so in Anspruch genommen, daß es ihm nicht möglich ist, außerordentlichen Anforderungen, wie sie jede Verwaltung neben dem regelmäßigen Dienste mit sich bringt, mit der erforderlichen Pünktlichkeit zu genügen. Das dienstliche Interesse erfordert daher, daß ihm ein Assistent zur Seite gestellt wird, der ihn in seinen amtlichen Geschäften vertreten und einen Teil der laufenden Arbeiten übernehmen kann. Es ist zudem von größter Wichtigkeit, daß bei eintretender Vakanz die Geschäfte des Generaleinnehmers von einem mit allen Einzelheiten des Dienstes vertrauten Beamten fortgeführt werden können. Der Assistent muß mindestens Realschulbildung haben und gründliche Kenntnisse in der Buchführung besitzen. Sein Gehalt ist etwas höher zu bemessen als das des ersten Kassierers an der Generalkasse und dürfte — übereinstimmend mit dem Gehalte der Baumeister — auf 3500—6000 M. festzustellen sein. Die Finanzdeputation beantragt, die Neuschaffung des in das Budget eingestellten Beamtenpostens zu genehmigen.

Die Summe des Kapitels ist um 796 882 M. höher als im festgestellten Budget für 1905. Von dem Mehrbedarf entfallen 672 750 M. auf Tit. 3 „Zinsen der Staatsschuld“ und 110 760 M. auf Tit. 8 „Zollverwaltung“.

Kap. V. Unterricht. Die Summe des Kapitels ist im Vergleich mit dem festgestellten Budget für 1905 um 127 610 M. gewachsen.

Kap. VI. Bauwesen. Die Summe des Kapitels ist um 256 635 M. höher wie im festgestellten Budget für 1905.

Kap. VII. Häfen- und Eisenbahnen. Die Summe des Kapitels übersteigt die des Vorjahres um 34 670 M.

Kap. VIII. Vermischte Ausgaben. Die Summe des Kapitels ist gegen das Vorjahr um 41 343 M. gewachsen. Tit. 30. Bremer Kunstverein. Nach den Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft ist fortan statt des vorjährigen Zuschusses von 10 000 M. ein solcher von 30 000 M. einzustellen.

Die Gesamtsumme der ordentlichen Ausgaben ist um 1 473 708 M. oder nach Abzug der Ausgaben für das Reich um 1 427 724 M. höher als im festgestellten Budget für 1905.

Außerordentliche Ausgaben.

Kap. I. Bauten und Anlagen.

Tit. 1. Neue Schule in der Bahnhofsvorstadt Rest 240 000 M. Die Summe ist bereits bewilligt (Verhdlg. 1905 S. 1091, 1092).

Tit. 2. Neubau einer zweiten Volksschule in der Vorstadt Gröpelingen Rest 254 425 M. Der Neubau ist im Prinzip beschlossen (Verhdlg. 1905 S. 871, 872). Projekt und Kostenschätzung werden demnächst vorgelegt werden.

Tit. 3. Errichtung einer III. Realschule in der Neustadt II. Rate 150 000 M. Der Bau ist im Prinzip beschlossen (Verhdlg. 1905 S. 969, 970). Bauplan nebst Kostenschätzung soll demnächst vorgelegt werden.

Tit. 4.
(Verhdlg. 1904
Tit. 5.
(Verhdlg. 190
Tit. 6.
Tit. 7.
und Kostenanschlag
Tit. 8.
1905 S. 1034,
Tit. 9.
und Wagenbeschaffung
Tit. 10.
(Verhdlg. 1906
Tit. 11.
Nach dem Begle
Tit. 12.
(Verhdlg. 190
jahr 1906 eine
dem nächsten R
Tit. 13.
Tit. 14.
1069, 1079).
Tit. 15.
Tit. 16.
Tit. 18.
9000 M. Den
Tit. 19.
(Vergl. Verh. 1
wird demnächst
Tit. 20.
Tit. 21.
Tit. 22.
Tit. 23.
Die Fin
Sollte bezüglich
Berichterstattung
muß nach dem
Beträge erfolgen
zu Tit.
die Finanzdeputa
der Ressortbehör
Kap. II.
Tit. 1.
Tit. 2.
zu Tit.
Einnahmen bem
Nach de
Ausgaben Tit.
971 883 M. je
um 200 000 M.
daß nachträglich
beantragt werde
Teils der Baut

Tit. 4. Umbau der Gebäude der Hauptschule I. Rate 60 000 M. (Verhdlg. 1904 S. 565, 569).

Tit. 5. Umbau an die Turnhalle der Schule Lessingstraße 3000 M. (Verhdlg. 1905 S. 1091, 1092).

Tit. 6. Spülklojettanlagen VII. Rate 16 000 M.

Tit. 7. Bureaugebäude für die Bauverwaltung I. Rate 50 000 M. Bericht und Kostenanschlag werden dem Vernehmen nach in nächster Zeit vorgelegt werden.

Tit. 8. Kapelle auf dem Friedhofe Woltmershausen 19 100 M. (Verhdlg. 1905 S. 1034, 1091, 1092, 1113).

Tit. 9. Zentralfireurwache. Neubau eines Dienstgebäudes mit Werkstätten und Wagenstuppen 44 000 M. (Verhdlg. 1906 S. 10).

Tit. 10. Feuerwache III. Werkstatteengebäude mit Steigegegerüst 7500 M. (Verhdlg. 1906 S. 24).

Tit. 11. Fuhrparkstelle II. Stallgebäude mit Aufseherwohnung 47 000 M. Nach dem Begleitbericht soll der Bericht demnächst erstattet werden.

Tit. 12. Krankenanstalt. Erweiterung des Chirurgischen Hauses 380 000 M. (Verhdlg. 1906, S. 39). Die Finanzdeputation beantragt, für das Rechnungsjahr 1906 eine Baurate von 200 000 M. einzustellen und den Rest von 180 000 M. dem nächsten Rechnungsjahre zu belasten.

Tit. 13. Umbau an die Lehrerwohnung der Strafanstalt 4000 M.

Tit. 14. Archivgebäude I. Rate 70 000 M. (Verhdlg. 1905 S. 1027, 1069, 1079).

Tit. 15. Anthaus in Begejaß. Umbau 12 500 M. (Verhdlg. 1906 S. 24).

Tit. 16. 4 neue Bedürfnisanstalten 18 700 M.

Tit. 18. Um- u. Erweiterungsbau der Polizeiwache im Zollanschlusgebiet 9000 M. Dem Vernehmen nach wird der Bericht in nächster Zeit erstattet werden.

Tit. 19. Vergrößerung der Strafanstalt Oslebshausen, Rest 70 440 M. (Vergl. Verh. 1905 S. 65 ff. 204, 255, 453 ff., 479). Ein ergänzender Bericht wird demnächst erstattet werden.

Tit. 20. Neuanlage von Straßen 275 950 M.

Tit. 21. Wegbau 34 000 M.

Tit. 22. Ergänzung der Häfen- u. Eisenbahnanlagen 41 500 M.

Tit. 23. Friedhöfe 3325 M.

Die Finanzdeputation gibt die Einstellung der vorbenannten Posten anheim. Sollte bezüglich derjenigen Titel, zu denen ein Bericht in Aussicht gestellt ist, die Berichterstattung nicht bis zum Beginn der Budgetverhandlungen erfolgt sein, so muß nach dem Beschlusse vom vorigen Jahre die Streichung der eingestellten Beträge erfolgen.

Zu Tit. 17. Schulräume für das Gewerbemuseum 20 000 M., beantragt die Finanzdeputation Streichung des beantragten Betrages, weil nach einer Mitteilung der Ressortbehörde ein Bericht erst gegen Ende des Jahres zu erwarten ist.

Kap. II. Vermischte Ausgaben. Es werden zu bewilligen sein:

Tit. 1. Deutscher Schulschiffverein (bis 1909) 5000 M.

Tit. 2. Bankzinsen, Übertrag auf 1907 100 000 M.

Zu Tit. 2 ist das Erforderliche schon zu Kap. I Tit. 1 der außerordentlichen Einnahmen bemerkt.

Nach dem Antrage der Finanzdeputation zum Kap. I der außerordentlichen Ausgaben Tit. 12 und Tit. 17 wird sich der am Schluß des Generalbudgets auf 971 883 M. festgestellte Fehlbetrag um 180 000 M. und 20 000 M., zusammen um 200 000 M. vermindern. Dem Vernehmen nach ist aber damit zu rechnen, daß nachträglich noch die Einstellung von 150 000 M. für das Handelsmuseum wird beantragt werden, da durch freiwillige Beiträge die Aufbringung eines erheblichen Teils der Baukosten gesichert sein soll (Verhdlg. 1905 S. 409, 450).

Die Finanzdeputation.

(gez.) M. Donandt.

(gez.) J. P. Schrage.

Anlage 2.

Budgetbericht der Deputation für die Gefängnisse.

Anliegend überreichen wir den von der Deputation genehmigten Budget-Entwurf für die Strafanstalt, indem wir dazu folgendes bemerken:

1) Zu I 8. Kanzleigehülfe R. R.

Der Kanzleidienst hat sich mit den Jahren sehr vermehrt, so daß die Anforderungen, die an eine lediglich zu Schreibzwecken angenommene Person zu stellen sind, weit überschritten werden. Der Kanzleidienst wird, abgesehen von den Arbeiten des Kassenbeamten, von einem älteren Schreiber und einem jüngeren versehen. Von ersterem muß gründliche Erfahrung und völlige Sicherheit bei der Arbeit absolut verlangt werden, da ihm z. B. die Berechnung der Strafzeiten, die Aufstellung der Statistik obliegt. Ein häufiger Wechsel würde die Sicherheit der Arbeiten arg gefährden. Die von dem ersten Schreiber zu erledigenden Arbeiten entsprechen übrigens denen eines ordentlichen Sekretärs in den preussischen Anstalten.

Es wird demnach die Schaffung eines Kanzleigehülfenpostens beantragt, der vorbehaltlich Genehmigung von Senat und Bürgerschaft in das Budget eingestellt ist. Wird dem Antrage stattgegeben, so ist es die Absicht, dem Schreiber Jacobsen die Stelle zu übertragen, dem alsdann, da er jetzt 1850 M. Gehalt bezieht, zwei Alterszulagen zu bewilligen wären, so daß er für 1906 1920 M. erhalten würde. Letzterer Betrag ist ins Budget eingestellt. Der Posten 42 würde event. wegfallen.

2) Zu I 30.

Die Anstellung eines neuen Aufsehers (Gehalt 1100—1550 M., 150 M. Haushaltzulage und 150 M. Wohnungszulage, zusammen 1400 M.) ist erforderlich, da durch den Umbau des Souterrains im Gefängnisflügel zu einem Zellengehöf das Aufsichtspersonal entsprechend vermehrt werden muß.

3) Zu Tit. II, Pos. 1. Speisung.

Die Erhöhung bei der mit dem Vorjahre gleich angenommenen Kopfzahl erklärt sich namentlich durch die Preise für Mehl, die infolge des Zolls gestiegen sind oder steigen werden. Ebenso ist die Zollerhöhung auf Hülsenfrüchte berücksichtigt.

4) Pos. 4. Feuerung.

Es ist der vorjährige Betrag wieder eingestellt. Was die neuen Heizanlagen erfordern, muß die Erfahrung lehren.

5) Pos. 5. Erleuchtung.

Die Kosten vermehren sich infolge Vergrößerung des Hofes und Ausführung des beschlossenen Erweiterungsbau. Die dadurch eintretende Steigerung der Ausgaben ist auf 500 M. veranschlagt. Außerdem aber wird der schon im Vorjahre gestellte Antrag auf Herstellung einer Gasbeleuchtungsanlage für die Höfe und Straßen (s. unten Nr. 8 zu Pos. 13) wiederholt und es wird im Falle seiner Annahme eine weitere Erhöhung des Postens eintreten. Derselbe ist wie im Vorjahre mit im ganzen 8000 M. eingestellt.

6) Pos. 10. Bücher und Schulbedarf.

Es wird um 100 M. Erhöhung gebeten, da die katholische Bibliothek im Weiberhause ganz fehlt und im Männerhause auch nicht genügend ist. Auch ist es nötig, einige Bücher für Juden anzuschaffen. Viele Bücher sind auch im Laufe der Zeit ersatzbedürftig geworden.

7) Pos. 11. Arbeitslohn an die Fabrik.

Es bedarf der Erhöhung, da im Souterrain des Zuchthauses und des Gefängnisses sowie im Mittelbau je ein Kalfaktor erforderlich wird und acht Pumper pro Tag einzustellen sind.

8) Post. 13. Herstellung einer Gasbeleuchtungsanlage einschließlich Fernzündanlage für die Straßen und Höfe.

Dieser bereits mehrfach beantragte Posten ist von neuem eingestellt. Zur Begründung ist schon früher bemerkt, daß die gegenwärtige Beleuchtung durch Petroleum äußerst mangelhaft, daß namentlich in Nächten, in denen Nebel oder Schneesturm herrschen, auch auf geringe Entfernung niemand zu erkennen sei, daß ferner auch das Absuchen der Höfe bei Ausbruchversuchen von Gefangenen die größten Schwierigkeiten bereite. Die hiermit verknüpften Mißstände haben sich auch im letzten Jahre fühlbar gemacht und lassen eine Abhilfe als dringend geboten erscheinen. Nach einem mit Rücksicht auf die inzwischen beschlossene Vergrößerung des Areals der Strafanstalt und Ausführung der Erweiterungsbauten (Wirtschaftsgebäude, Kohlenstuppen) von neuem erbetenen Berichte des Direktors des Gaswerks, Herrn Dr. Schütte, muß die Zahl der Laternen für Höfe und Straßen auf 53 erhöht werden; eine Fernzündungsanlage nach dem System der Deutschen Gasglühlicht-Gesellschaft ist wieder vorgesehen, dagegen ist im Interesse der Kostenersparnis ein event. Anschluß der Beamtenwohnungen an die Gasleitung nicht mehr in Betracht gezogen. Ebenso wenig ist, wie übrigens auch früher nicht, auf die Möglichkeit eines Anschlusses der inneren Anstaltsräume, insbesondere der Korridore, Rücksicht genommen. Nach dem dem Berichte des Direktors Dr. Schütte beigefügten, hier anliegenden Kostenanschlage stellen sich die Anlagekosten auf 9350 M. Sie sind gegen den vorjährigen Anschlag gestiegen, weil die Verteilungsleitungen eine größere Länge erhalten müssen. Ebenso erhöhen sich die Jahreskosten gegen den früheren Anschlag entsprechend der größeren Zahl der Laternen. Sie werden betragen

a. für Gasverbrauch	
von 53 Laternen $53 \times 3600 \times 0,110 \times 0,16 = \dots$ M.	3 358,08
b. für Glühkörper und Zylinderersatz	106,—
Summa . . . M.	3 464,08

Dabei ist aber, wie Dr. Schütte hervorhebt, zu berücksichtigen, daß von der Ausgabe der Strafanstalt für Gasverbrauch dem Staate bei der Verwaltung des Gaswerks eine Reineinnahme von 1875,36 M., so daß die dem Staate erwachsenden Unkosten sich in Wirklichkeit nur auf 1588,72 M. belaufen würden, welcher Betrag keinesfalls irgend erheblich höher, vielleicht sogar niedriger ist, als derjenige Teil der Gesamtkosten für Beleuchtung, der jetzt auf die Höfe und Straßen der Anstalt entfällt.

9) Zu Post. 14, Herstellung von sechs Überflurhydranten und eines Feuermeldeapparates.

Dieser schon im Vorjahre mit 1626,50 M. bewilligte Posten muß jetzt von neuem und zwar mit 8346,50 M. der Beschlußfassung von Senat und Bürgerschaft unterbreitet werden, da sich inzwischen herausgestellt hat, daß die bewilligte Summe für die erforderlichen Arbeiten und Anschaffungen nicht ausreicht. Wie sich nämlich aus einem neuerstatteten Bericht des Direktors des Gaswerks ergibt, ist es bei Aufstellung dieser Budgetposition vollständig übersehen, daß eine Wasserleitung auf dem Areal der Strafanstalt nicht vorhanden ist, und daß diese Leitung, sowie die Anschlußleitung erst hergestellt werden müssen. Das Hauptrohr, das bis jetzt in der Heerstraße nur bis zum Seelhof'schen Grundstück verlegt ist, muß ferner erst bis zu dem zur Strafanstalt führenden Wege verlängert werden.

Da ein Antrag der Gemeinde Oslebshausen auf Ausdehnung der Wasserleitung nicht gestellt ist, so muß dieser Teil des Hauptrohres zunächst als Privatleitung verlegt werden. Die Strafanstalt würde dem Gaswerk für diese Leitung zunächst die Selbstkosten bezahlen müssen, die ihr zurückerstattet werden würden, sobald die Gemeinde einen Antrag auf Ausdehnung der Wasserleitung stellt. Den

Anschluß vom Hauptrohr bis auf das Areal der Strafanstalt und die Hydrantenleitung auf dem Hofe müßte dagegen die Strafanstalt nach den Verkaufspreisen des Gaswerks bezahlen, weil es sich um eine Privatanlage handelt.

In dem anliegenden Lageplan sind die zu verlegenden Leitungen mit den Hydranten punktiert eingezeichnet, wobei zu bemerken ist, daß auf der Strecke A B die Verlängerung des Hauptrohres in Frage kommt.

Die Mittel, die demnach beantragt werden müssen, sind folgende:

1) Für die Verlängerung des Hauptrohres von A bis B	M. 1 100
2) Für die Anschlußleitung und Hofleitung	" 5 600
3) Für sechs Überflurhydranten	" 920
Summa	M. 7 620

Hierzu kommen die Kosten des Feuermeldeapparates mit 726,50 M., so daß sich die Gesamtkosten auf 8346,50 M. stellen, von denen übrigens ein Teil voraussichtlich in nicht ferner Zeit zurückerstattet werden würde. Trotzdem demnach die Kosten die zuerst in Aussicht genommene Rate bedeutend übersteigen, glaubt die Deputation doch im Interesse der Feuericherheit der Anstalt den Antrag auf Herstellung des Anschlusses an die Wasserleitung, die insbesondere auch von der Direktion der Feuerwehr dringend empfohlen ist, aufrecht erhalten zu müssen. Die für das Jahr 1905 bewilligten 1626,50 M. werden selbstverständlich vor weiterer Entscheidung nicht zur Verwendung gelangen.

Bremen, den 30. Dezember 1905.

Die Deputation für die Gefängnisse.

(gez.) **Hildebrand.** (gez.) **Günther Nicenitz.**

Unteranlage.

Kostenanschlag

über eine Beleuchtungsanlage für die Strafanstalt in Oslebshausen.

1. Anschlußleitung.

170 m Gußrohrleitung 100 mm fertig verlegt	M. 867,—
4 Krümmer " " (45°)	" 26,80
2 " " " (90°)	" 12,80
1 Absperrwassertopf " "	" 48,—
1 Anschlußstück	" 6,—
1 100flammiger Gasmesser	" 280,— M. 1 240,60

2. Hofleitung und Beleuchtungsgegenstände.

1190 m Schmiederohrleitung 52 mm fertig verlegt . .	M. 3 689,—
115 " " 38 " " " "	" 299,—
766 " " 32 " " " "	" 1 723,50
56 " " 26 " " " "	" 96,88
182 " " 20 " " " "	" 227,50
5 Wassertöpfe m. Zubehör	" 105,—
5 Randleaber	" 110,—
43 kompl. Straßenlaternen	" 990,72
53 Glühlichtbrenner	" 190,80 M. 7 432,40
Übertrag	M. 8 673,00

Strafanstalt und die Hydranten-
anstalt nach den Verkaufspreisen bei
ge handelt.

verlegenden Leitungen mit den
ist, daß auf der Straße A 3

müssen, sind folgende:

von A bis B... M. 1100

..... M. 500

..... M. 920

Summa... M. 7620

mit 726,50 M., so daß sich die

igens ein Teil voraussichtlich in

roßdem demnach die Kosten der

igen, glaubt die Deputation daß

auf Herstellung des Anschließes

Direktion der Feuerwehr dringt

ir das Jahr 1906 bewilligen

scheidung nicht zur Verwendung

für die Gefängnisse.

(gez.) Günther Nicuiz.

stalt in Oslebshausen.

M. 867,—

" 26,80

" 12,80

" 48,—

" 6,—

" 280,— M. 1240,00

stände.

M. 3689,—

" 299,—

" 1723,50

" 96,88

" 227,50

" 105,—

" 110,—

" 990,72

" 190,80 M. 7432,40

Übertrag... M. 8673,00

Übertrag... M. 8673,—

3. Verschiedenes.

4 Fuhrerlöhne	M.	20,—	
f. Wiederherstellung d. Straßenpflasters	"	100,—	
1 Maurer 60 Stunden	"	39,—	
1 Handlanger 60 Stunden	"	27,—	" 186,—

4. Fernzündung-System „D. Gasglühlicht-Gej.“

1 Regler	M.	60,—	
53 Fernkleinsteller Mehrkosten gegen gewöhnliche			
53 Brenner Brenner	"	140,—	
53 Zwischennippel	"	24,—	" 224,—
			M. 9083,—

5. Unvorhergesehenes

Zusammen... M. 9350,—

Budgetbericht der Deputation für die Krankenanstalt.

Anlage 3.

Zu den hierneben in zwei Ausfertigungen vorgelegten Budgetentwürfen der Krankenanstalt und des St. Jürgen-Asyls für 1906 beehren wir uns das Folgende ergebenst zu bemerken:

I. Krankenanstalt.

A. Einnahmen.

1) Verpflegungsgelder.

Die durchschnittliche Einnahme an Verpflegungsgeldern für den Krankenverpflegungstag betrug in der ersten Hälfte dieses Rechnungsjahres 2,46,26. Für 1906 sind angenommen 240 000 Krankenverpflegungstage, welche darnach eine Einnahme von rund 591 000 M. ergeben werden.

2) Viehhaltung.

Nach Aufgabe der Schweinehaltung sind 10 000 M. weniger als im Vorjahre einzustellen.

B. Ausgaben.

1) Gehalte.

Neu eingestellt ist ein Sekundärarzt für die chirurgische Abteilung, der neben freier Station ein Gehalt von 2 000 M. beziehen soll. Die starke Zunahme der Kranken in dieser Abteilung erfordert einen weiteren Arzt, der für die Aufgaben der Abteilung schon praktisch vorgebildet und imstande ist, den Direktor zu entlasten und zu vertreten. Derselbe soll, wie die Assistenzärzte, auf Kündigung angestellt werden.

Die Erhöhung des Gehaltes des Schreibers Brünig um 200 M. ist von der Finanzkommission genehmigt.

Neu eingestellt sind ferner ein fünfter Pförtner, der mit der Inbetriebnahme des umgebauten Hauptgebäudes des früheren St. Jürgen-Asyls erforderlich wird, und eine Telephonistin, welche die beantragte Telephonzentrale bedienen soll.

2) Arbeits- und Dienstlöhne.

Gegen das Vorjahr sind 4000 M. mehr eingestellt, welche erforderlich werden durch Einstellung von Arbeits- und Dienstpersonal für das frühere St. Jürgen-Asyl und eine nicht zu vermeidende Erhöhung der Arbeitslöhne.

3) Speisung.

Es sind angenommen

240 000 Verpflegungstage von Kranken und
65 000 " " Personal,

zus. 305 000 Verpflegungstage à 93 $\mathfrak{L}$ = 283 650 $\mathfrak{M}$.

Im vorigen Rechnungsjahre betrug die Ausgabe pro Kopf und Tag 88,31 $\mathfrak{L}$, die sich bei der Steigerung fast aller Lebensmittelpreise wesentlich höher stellen wird.

Ärztliche Heilbedürfnisse.

Die Erhöhung des Betrages ist notwendig für die Einrichtung der Abteilung für Nasen-, Ohren- und Kehlkopfkrankheiten.

Inventar.

Für Instandhaltung und Ergänzung des Inventars sind 40 000 $\mathfrak{M}$. veranschlagt. Die übrigen 15 000 $\mathfrak{M}$. sind eingestellt zur Beschaffung der Einrichtung des neuen Scharlach- und Rekonvaleszentenhauses, in welchem außerdem das Inventar der jetzigen Scharlachabteilung verwandt werden wird.

Wegen der baulichen Anträge wird auf die Bemerkungen zu den einzelnen Posten Bezug genommen.

II. St. Jürgen-Hsptl.

A. Einnahmen.

1) Verpflegungsgelder.

Die Einnahme hierin hat im ersten Halbjahre des laufenden Rechnungsjahres pro Krankenverpflegungstag 2,16,37 $\mathfrak{M}$. betragen.

Die Zahl der Krankenverpflegungstage im laufenden Rechnungsjahre ist zwar bis jetzt hinter der Annahme zurückgeblieben, trotzdem sind auch für 1906 wieder 167 900 Krankenverpflegungstage angenommen worden, weil die jetzt wider Erwarten geringen Aufnahmen und die verhältnismäßig häufigen Verlegungen in ländliche Pflege für 1906 kaum zu erwarten sind.

Es sind daher nach obigem Satze an Verpflegungsgeldern rund 364 300 $\mathfrak{M}$. eingestellt.

2) Viehhaltung.

Im Rechnungsjahre 1904 betrug der Durchschnittsertrag an Milch pro Kuh und Tag 11,8 Liter. Für 1906 ist als Durchschnittsertrag angenommen bei

24 Kühen rund 96 400 Liter à 15 $\mathfrak{L}$ =	 $\mathfrak{M}$ 14 460
Erlös aus verkauften Kühen, angenommen 12 zu 380 $\mathfrak{M}$.	" 4 560
Erlös aus fetten Schweinen, angenommen 280 zu 110 $\mathfrak{M}$.	" 30 800
Ertrag des Düngers	 " 1 120
zusammen...	$\mathfrak{M}$ 50 940

B. Ausgaben.

1) Gehalte.

Neu eingestellt ist der Posten „Schreibhülfe“ mit 100 $\mathfrak{M}$, weil es manchmal vorkommt, daß eilige, große Schreibarbeiten nicht in der ständigen Arbeitszeit erledigt werden können.

Die Apothekerin wurde bisher als Pflegerin gezählt. Sie hat neben ihren eigentlichen Arbeiten den erstklassigen Patienten Gesellschaft zu leisten. Als Pflegerin würde sie einschließlich Kleidergeld zurzeit 571,17 $\mathfrak{M}$. erhalten. Es wird gebeten, ihr Gehalt unter Wegfall des Kleidergeldes auf 600 $\mathfrak{M}$. festzusetzen.

2) Arbeits- und Dienstlöhne.

Die Arbeiter für die maschinellen Betriebe sind schwer zu haben und verlangen höheren Lohn; auch ist ihre Zahl knapp bemessen. Die Anstalt ist wegen ihrer isolierten Lage besonders darauf angewiesen, zuverlässige Arbeiter zu haben und sich dauernd zu erhalten; es muß deshalb tunlichst auf verheiratete Arbeiter gesehen werden. Die Position ist deshalb um 4000 $\mathfrak{M}$. erhöht.

3) Sachliche Ausgaben.

Speisung.

Angenommen sind 167 900 Krankenverpflegungstage und
42 340 Personalverpflegungstage,

zusammen. 210 240 Gesamtverpflegungstage. Die Kosten für den Gesamtverpflegungstag betrugen 1904: 81,57 $\mathcal{M}$. Für 1906 sind angenommen 87 $\mathcal{M}$, die einer Ausgabe von 182 908,80 $\mathcal{M}$ oder rund 183 000 $\mathcal{M}$ entsprechen.

Feuerung.

Angenommen sind für 1906: 170 Doppelwaggons Kohlen für die Kessel, 7 Doppelwaggons Küchenkohlen, 7 Doppelwaggons Anthracitkohlen, 30 Hunt Torf, 750 Hektoliter Gaskoks, welche nach Abzug der Beamtenvergütung für Feuerung und Licht etwa 37 000 $\mathcal{M}$ kosten werden.

Inventar.

Die für das laufende Rechnungsjahr eingestellten 30 000 $\mathcal{M}$ werden nicht ausreichen, da die Ausgabe in den ersten sieben Monaten bereits 22 291,91 $\mathcal{M}$ betragen hat. Die Erhöhung dieser Position um 5000 $\mathcal{M}$ erscheint nötig. Es ist hierbei hervorzuheben, daß das Bauprogramm nur eine Krankenzahl von 300 ins Auge faßte und das Inventar daher nur für diese Zahl angeschafft worden ist, daß es aber für die um fast 50 % größere Krankenzahl und das infolgedessen auch vermehrte Pflegepersonal bei weitem nicht ausreichte. Dadurch erklärt sich die für eine neue Anstalt verhältnismäßig große laufende Ausgabe für Inventar. An größeren Gegenständen wird ein Kumpfwagen für Kohlen usw. nötig werden, der auf 450 $\mathcal{M}$ veranschlagt ist. Ferner wird bei der verhältnismäßig geringen Zahl unserer Arbeiter und den vielseitigen von denselben zu verrichtenden Arbeiten, namentlich Kohlenfahren und Abladen, die Anschaffung einer Korn- und Grasmähmaschine zum Preise von 400 $\mathcal{M}$ beabsichtigt, um so besser den Ertrag der Felder und Wiesen sicher zu stellen.

Bauliche Unterhaltung.

Es wird auf die besonderen Bemerkungen zu den einzelnen Posten dieses Titels Bezug genommen.

Biehhaltung.

Es sind angenommen

als Futterkosten für 6 Pferde, 24 Kühe, 4 Kälber, 160	
Schweine rund	$\mathcal{M}$ 20 200
Anschaffungskosten für 12 Kühe und 280 Schweine	" 11 600
Wartungskosten	" 2 750
Streu	" 2 250
	$\mathcal{M}$ 36 800

Bremen, den 30. Dezember 1905.

Die Deputation für die Krankenanstalt.

(gez.) **Stadtländer.** (gez.) **Emil Plate.**

Erster Budgetbericht der Polizeidirektion.

Anlage 4.

I. Gehalte.

Bureauvorsteher Thies, Kanzleigehilfe Kreyenbrock und Schreiber Harling sind gemäß Beschluß von Senat und Bürgerschaft, siehe Mitteilung von 1905 Seite 1013, in des Budget der Polizeidirektion eingestellt.

Regierungsassessor Hoffhach ist mit erhöhtem Gehalt, die Beamtin Seelhoff und der Baumeister Strauß sind als Staatsbeamte eingestellt worden.

Neu eingestellt sind:

- 1 Kriminalkommissär,
- 1 Kanzlist für die Baukanzlei,
- 2 Kriminal-Schutzmänner,
- 5 Schutzmänner (2 als Reserve, 3 für Bureau XIV),
- 7 do. ab 1./10. 06. für Bureau X.

Für den Diätar, Bauaufseher Specht, sind nach dreijähriger Dienstzeit 300 M. Gehaltszulage und für die Kreisärzte je 1000 M. Gehaltszulage vorgesehen.

Wegen der Beamten und Gehaltszulagen wird auf den anliegenden besonderen Budgetbericht Bezug genommen.

Beantragt werden und sind neu eingestellt:

- 1 Schreiber für die Hauptkanzlei mit 400 M.

Der Schreiber arbeitet bereits seit längerer Zeit an der Kanzlei als Diätar und kann nicht entbehrt werden.

- 1 Schreiber für die Kriminalkanzlei mit 800 M.

Wegen vermehrter Arbeit ist an der Kanzlei mit den vorhandenen Kräften nicht auszukommen.

- 1 Schreiber für das Gewerbebureau mit 800 M.

Auch für dieses Bureau muß aus gleicher Ursache ein Schreiber erbeten werden.

- 2 Schreiber für das Zentralmeldebureau mit je 800 M.

Wegen vermehrter Arbeit wird ein Schreiber, welcher ständig am Bureau arbeitet, und ein Schreiber erbeten, der an größeren Meldebureaus zu den Meldezeiten Aushilfe leisten soll. Zwei Schreiber, welche Aushilfe leisten, sind bereits vorhanden, doch genügen diese Kräfte nicht, um den gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Es empfiehlt sich, auf diese Weise dem aufgetretenen Bedürfnis abzuhelfen, anstatt schon jetzt mit der Anstellung von dritten Melbeschreibern an den Distriktsbureaus weiter vorzugehen.

II. Sachliche Ausgaben.

5. Medizinalamt.

Auf Grund der Erfahrungen in diesem Jahre, höhere Zahlungen an die Krankenanstalt an Kurkosten, sowie mit Rücksicht auf die dem Medizinalamt übertragene Beaufsichtigung der Rauffahrteischiffe gemäß der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 2. Juli 1905, werden 3000 M. mehr erbeten.

7. Unterstützung Fremder.

Nach einem Anschlage der Armenpflege sind 15 000 M. mehr eingestellt worden, berücksichtigt ist dabei nicht der Mehrbedarf, der sich im Falle einer Änderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes ergeben.

16. Bei Vergrößerung des Bureaus X im Freihafen sind einige Zimmer mit Möbeln zu versehen und ist das Haustelephon zu erweitern. Es sind einschlägig 750 M. erforderlich.

Bremen, den 29. Dezember 1905.

Die Polizeidirektion.

(gez.) **Sürman.**

Bereits in
der Kriminalbeamten
hinangehoben werde
Anschlüsse der Voror
außerordentlich gewach
im Jahre 1901. Dan
schaft in der Zeit vom
1905 sind sie auf 14
ischen stark vermehrt.
in Anspruch genommen
und Vergehen nur zu
gabe schon seit längerer
weiteren Kriminal-Be
Abteilung den starke
Gerichte an sie gestel
Es sind we
Verpflichtung der Zee
gewiesen ist — vgl. S
zur Verwaltung der
Städten längst einge
aufgegriffener, nachge
und sicher zu ermögl
nicht zu entbehren.
Von der Be
Jahr Abstand gen
obgleich man sich hi
Kriminal-Wachtmeist
lange wird es mit

1) Der 14
schreitende Bebauung
in kürzester Zeit ein
einem mehr ländliche
schnell, so daß auf ei
um den stark gesteige
vorhandenen Bestände
in diesem Distrikt ni

Unter Beichre
für ein
für ein

2) Zum 1.
schlußgebiet bevor.
fremden usw. werden
Distrikts zu vermehren

3) Die gesund
weshalb einlaufenden
Schutzmännern wahrgen
gesellschaften über nich
der Eröffnung des Ba
treten, für deren Bejtr

Zweiter Budgetbericht der Polizeidirektion.

Anlage 5.

I. Kriminal-Abteilung.

Bereits im Vorjahre ist darauf hingewiesen worden, daß eine Vermehrung der Kriminalbeamten dringend notwendig sei und nur im Hinblick auf die Finanzlage hinausgeschoben werde. Mit der Zunahme der Bevölkerung, besonders aber nach dem Anschlusse der Vororte an die Stadt, sind die Geschäfte der Kriminal-Abteilung außerordentlich gewachsen. Die letzte Anstellung eines Kriminal-Kommissärs erfolgte im Jahre 1901. Damals betrugen z. B. die Eingänge seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Oktober: 10 338. Für den gleichen Zeitraum 1905 sind sie auf 14 293 gestiegen. Daneben hat sich die Zahl der Übertretungssachen stark vermehrt. Durch die Erledigung dieser wird ein Kommissär jetzt völlig in Anspruch genommen, so daß für die Bearbeitung sämtlicher Akten über Verbrechen und Vergehen nur zwei Kommissäre zur Verfügung stehen, deren Kräfte dieser Aufgabe schon seit längerer Zeit nicht mehr gewachsen sind. Mit der Anstellung eines weiteren Kriminal-Kommissärs darf daher nicht länger gewartet werden, wenn die Abteilung den starken Anforderungen, die durch die Staatsanwaltschaft und die Gerichte an sie gestellt werden, ferner gerecht werden soll.

Es sind weiter erforderlich zwei Kriminal-Schuzmänner, der eine zur Verstärkung der Fremden- und Sittenpolizei, auf die ebenfalls bereits früher hingewiesen ist — vgl. Budgetbericht 1902 S. 109 der Verhandlungen — der andere zur Verwaltung der sogenannten Kartenregistratur. Diese Einrichtung, die in anderen Städten längst eingeführt ist, dient dazu, die Feststellung, ob hinsichtlich gemeldeter, aufgegriffener, nachgefragter Personen eine strafrechtliche Verfolgung vorliegt, rasch und sicher zu ermöglichen. Bei einer großen Polizeiverwaltung ist diese Registratur nicht zu entbehren.

Von der Beantragung eines weiteren Kriminal-Wachtmeisters ist für dieses Jahr Abstand genommen worden, weil nur das Dringlichste gefordert werden sollte, obgleich man sich hierbei nur so helfen konnte, daß aus einem Polizeidistrikt ein Kriminal-Wachtmeister zur Mitarbeit auf dem Stadthause herangezogen wurde. Für lange wird es mit diesem Behelfe nicht gehen.

II. Schuzmannschaft.

1) Der 14. Polizeidistrikt Gröpelingen hat durch die enorm rasch voranschreitende Bebauung und durch die Betriebsverlegung der Aktiengesellschaft „Wefer“ in kürzester Zeit ein völlig verändertes Aussehen bekommen. Der Übergang von einem mehr ländlichen Stadtteil in einen rein städtischen vollzieht sich überraschend schnell, so daß auf eine Vermehrung der Beamten Bedacht genommen werden muß, um den stark gesteigerten Anforderungen ferner genügen zu können. Mit dem jetzt vorhandenen Bestande an Schuzmännern läßt sich ein ordnungsmäßiger Rondendienst in diesem Distrikt nicht mehr durchführen.

Unter Beschränkung auf das Notwendigste werden beantragt:

für ein Tagesrevier: 1 Schuzmann,
für ein Nachtrevier: 2 Schuzmänner.

2) Zum 1. Oktober 1906 steht die Eröffnung des Bassin II im Zollauschlußgebiet bevor. Für die Verondung der alsdann in Betrieb genommenen Kajestrecken usw. werden vorläufig 3 Schuzmänner ausreichen, um die der Bestand des Distrikts zu vermehren ist.

3) Die gesundheitspolizeiliche Kontrolle der im Freihafen und im Hohentorshafen einlaufenden Schiffe wird von vier dem Polizeidistrikt X unterstellten Schuzmännern wahrgenommen. Bereits wiederholt sind Klagen hiesiger Schiffsahrtsgesellschaften über nicht genügend rasche Abfertigung der Schiffe eingegangen. Mit der Eröffnung des Bassin II werden weitere Anforderungen in dieser Richtung auftreten, für deren Befriedigung zu sorgen ist. In Übereinstimmung mit den An-

tragen des Hafenarztes wird beabsichtigt, mit dem gedachten Zeitpunkte die bezeichneten vier Beamten dem Sanitätsdienst an den Häfen völlig zur Verfügung zu stellen, da es alsdann ohnehin nicht mehr möglich sein wird, sie noch anderweitig im Polizeidienste nebenher zu beschäftigen, wie das bisher, allerdings zum Schaden eines ordnungsmäßigen Überwachungsdienstes im Zollausschlußgebiet, geschehen ist. Beantragt werden demgemäß 4 Schutzmänner.

4) Für die Reserven des Stadthauses sind 2 weitere Beamte erforderlich, da es mit dem derzeitigen Bestande nicht mehr möglich ist, die in den Distrikten durch Krankheit und sonstige Verhinderung entstehenden Lücken auszufüllen, abgesehen davon, daß der Sanitätsdienst mit Seuchenbekämpfung und Auswandererüberwachung erheblich größere Anforderungen als früher stellt.

Zusammengefaßt gehen die Anträge dahin:

ad I: 1 Kriminal-Kommissär, 2 Kriminal-Schutzmänner.

ad II: 5 Schutzmänner zum 1. April 1906,

7 Schutzmänner zum 1. Oktober 1906.

III. Medizinalamt.

Die Arbeiten der Medizinalbehörden in Ausführung der zahlreichen Reichs-geetze und Erledigung der für Bremen in Angriff genommenen und noch zu lösenden Aufgaben auf gesundheitlichem Gebiete sind stetig gewachsen. Sie stellen so hohe Anforderungen an den Leiter dieser Abteilung der Polizeidirektion sowohl hinsichtlich der Handhabung der in Frage kommenden Gesetzesbestimmungen als auch der Behandlung der speziellen bremischen Verhältnisse, daß es erforderlich erscheint, dieses Amt zu einer Lebensstellung auszugestalten.

Der Senat hat demgemäß bereits einer Erhöhung des Ranges und des Gehalts des Dezernenten des Medizinalamts zugestimmt. Die vorbehaltene Genehmigung der Bürgererschaft wegen des Gehalts, das vorläufig als Anfangsgehalt mit 5500 Mk. in das Budget eingestellt worden ist, wird hiermit nachgesucht.

Das Honorar der Kreisärzte, deren Tätigkeit besonders durch die Seuchenbekämpfung und die infolge der Cholera-gefahr erforderlich gewordenen Auswandererüberwachung in ganz anderem Maße in Anspruch genommen wird, als in früheren Zeiten, genügt nicht gegenüber den von ihnen verlangten Leistungen.

Nach eingehenden Beratungen mit dem Gesundheitsrat ist von einer organisatorischen Änderung in der Richtung, daß an Stelle der bisherigen Einrichtung einer oder mehrere Ärzte als Beamte anzustellen seien, zurzeit Abstand genommen worden. Jedoch bedarf es einer Erhöhung der Bezüge der jetzt als Kreisärzte fungierenden Privatärzte.

IV. Abteilung Baupolizei.

Die Zahl der jährlichen Eingänge bei der Baupolizei hat sich seit den Jahren 1897/99 von durchschnittlich 6000 auf 32000 im Jahre 1905, die Zahl der Baugenehmigungen von durchschnittlich 2200 auf 6700 im Jahre 1905 vermehrt. Die dadurch hervorgerufene Ansammlung der Eingänge und Akten auf dem Bureau der Baupolizei erschwert die Übersicht und erklärt den mitunter schleppenden Geschäftsgang. Eine Beschleunigung desselben ist nur möglich, wenn der Betrieb dezentralisiert und wenigstens für die Hochbau-sachen nach Bezirken geteilt wird.

Es ist deshalb in Aussicht genommen, für diese Sachen die Stadt in drei Bezirke einzuteilen und für jeden Bezirk eine besondere Baupolizeiabteilung zu bilden, der jedesmal ein besonderer Baumeister mit den erforderlichen Bauaufsehern und eine eigene Kanzlei zu überweisen wären. Zu diesen drei Abteilungen würde eine vierte für die Entwässerungsanlagen hinzutreten, für die eine Trennung der Arbeiten nach Bezirken nicht als notwendig erscheint, dagegen gleichfalls ein besonderer Baumeister nebst einigen Bauaufsehern erforderlich ist. Die für die Entwässerungsanlagen erforderlichen Kanzleigeschäfte können ohne Schwierigkeit auf die

drei für die
eine besondere
vier Abteilungen
zwei Baupolizei
drei Kanzleien
bedarf daher,
weiteren Bau
den Hilfsbau
Beamtenstelle
empfiehlt sich
des Bureauvor
Für de
jaßt werden la
Im üb
teilung der vo
bisherigen Verh
Baupolizeimeist
Für de
Dienste des Sta
haltzusage, ent

Gemäß
1902 ist das A
erst weitere Er
dem am 6. Ap
Vereinbarung ei
monatiger Kündi
an den Bodente
5-7 1/2 Uhr zu
Nachdem
hat, so daß es
ihre Arbeitszeit
der von vorüber
näher zu treten
Das sich
aufsicht macht e
einer dauernden
bremischen Sta
Bei der
Umstand ins
dem Staate zu
bisher einer
In B
mit zwei Alte
Ruhegehaltsber
der Behörde i
Es wi
werbeinspektio
als Ruhegehalt
Das A
Bremen,

drei für die Hochbauachen bestimmten Kanzleien verteilt werden, so daß für diese eine besondere Kanzlei nicht geschaffen zu werden braucht. Für die zu bildenden vier Abteilungen stehen zur Zeit als leitende Baumeister nur der Baupolizei-Inspektor, zwei Baumeister und ein Hilfsbaumeister, für die Leitung der zu bildenden drei Kanzleien der Bureauvorsteher und ein Kanzleigehülfe zur Verfügung. Es bedarf daher, um die geplante Organisation durchzuführen, der Bewilligung einer weiteren Baumeisterstelle mit einem Gehaltsatz von 3500—6000 M., wogegen auf den Hilfsbaumeister verzichtet werden kann, sowie ferner der Bewilligung einer Beamtenstelle für die Leitung einer der neu zu bildenden Kanzleien. Für diese empfiehlt sich aber die Anstellung eines Kanzlisten, der zugleich bei Verhinderung des Bureauvorstehers dessen Vertretung zu übernehmen hat.

Für den Baumeister ist, da über die Anstellung erst später Beschluß gefaßt werden kann, vorläufig der durchschnittliche Gehaltsatz mit 4750 M. eingestellt.

Im übrigen läßt sich die Organisationsänderung durch eine andere Verteilung der vorhandenen Räume und Kräfte durchführen. Auch würde an dem bisherigen Verhältnis der einzelnen Beamten nichts geändert werden, namentlich der Baupolizeiinspektor der nächste Vorgesetzte der übrigen Baumeister bleiben.

Für den Hilfsbauaufseher Specht, der sich im April 1906 drei Jahre im Dienste des Staates befindet, ist mit Genehmigung der Finanzkommission eine Gehaltszulage, entsprechend derjenigen der etatsmäßigen Bauaufseher eingestellt worden.

V. Assistentin der Gewerbeinspektion.

Gemäß den Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft vom 3./5. Dezember 1902 ist das Amt einer Assistentin der Gewerbeinspektion geschaffen worden. Da erst weitere Erfahrungen zu sammeln waren, wurde die Stelle zunächst provisorisch dem am 6. April 1859 geborenen Fräulein Hermine Seelhoff übertragen unter Vereinbarung eines Gehalts von 1500 M. mit dem Vorbehalte beiderseitiger einmonatiger Kündigung. Die Assistentin hatte dafür ihre Kräfte der Gewerbeinspektion an den Wochentagsvormittagen sowie Mittwochs und Sonnabends nachmittags von 5—7^{1/2} Uhr zur Verfügung zu stellen.

Nachdem diese Probezeit ein in jeder Beziehung günstiges Resultat ergeben hat, so daß es erwünscht erscheint, die Tätigkeit der Assistentin zu erweitern und ihre Arbeitskraft voll auszunutzen, ist der Zeitpunkt als gekommen zu erachten, wo der von vornherein ins Auge gefaßten definitiven Regelung ihrer Amtsverhältnisse näher zu treten ist.

Das sich stetig erweiternde Gebiet weiblicher Hilfstätigkeit in der Gewerbeaufsicht macht es erforderlich, die Stellung der Assistentin der Gewerbeinspektion zu einer dauernden zu erheben unter Gleichstellung mit den übrigen Beamten des bremischen Staates.

Bei der Bemessung des Gehalts ist neben der Bedeutung des Amtes der Umstand ins Auge zu fassen, daß die Assistentin in Zukunft ihre ganze Arbeitszeit dem Staate zur Verfügung zu stellen haben wird, so daß sie sich nicht mehr wie bisher einer Nebenbeschäftigung widmen kann.

In Berücksichtigung dessen dürfte das Gehalt auf 2000 M. bis 2500 M. mit zwei Alterszulagen von je 250 M. zu normieren sein unter Verleihung der Ruhegehaltsberechtigung. Der jetzigen Inhaberin wird die bisherige Dienstzeit bei der Behörde in Anrechnung gebracht.

Es wird demgemäß gebeten, zu genehmigen, daß die Assistentin der Gewerbeinspektion zum 1. April 1906 unter den vorstehend bezeichneten Bedingungen als Ruhegehaltsberechtigte Beamtin angestellt werde.

Das Anfangsgehalt mit 2000 M. ist in das Budget 1906 eingestellt.

Bremen, den 7. Januar 1906.

Die Polizeidirektion.

(gez.) **Sürman.**

Anlage 6.

Budgetbericht des Landherrnamts.

A. Einnahme-Budget.

Für die Position Strafgeelder sind 1200 M. mehr eingestellt als im Vorjahre, die Position Baubefichtigungen ist um 100 M. gegen das Vorjahr verringert.

B. Ausgabe-Budget.

Bei I Gehalte ist das Gehalt der Kreisärztes Dr. Schotte von 500 M. auf 1500 M. heraufgesetzt. Hierzu wird folgendes bemerkt: Es unterliegt keinem Zweifel, daß das jetzige Gehalt des Kreisärztes für das Landgebiet dem Umfang der von dem Kreisarzt zu leistenden Arbeiten nicht mehr entspricht, es ist daher, wie dies auch seitens des Medizinalamts für die Stadt hinsichtlich der städtischen Kreisärzte beabsichtigt wird, eine Neuregelung des Gehaltes geboten. In einer an den Landherrn gerichteten Eingabe hat der Kreisarzt Dr. Schotte ausgeführt, daß namentlich die Bekämpfung ansteckender Krankheiten seine häufigere Anwesenheit in den entfernt liegenden und oft schlecht zu erreichenden Ortschaften notwendig mache, womit für ihn ein großer Zeitverlust verbunden sei; so habe in diesem Sommer die Scharlachepidemie in Hasenbüren von Juli bis Ende November allein für sich eine Arbeitsleistung von 50 Stunden beansprucht. Mit Recht weist die Eingabe darauf hin, daß die Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten im Landgebiet in Zukunft entsprechend den Forderungen der modernen Hygiene viel intensiver gehandhabt werden muß, so daß dementsprechend auch ein größerer Zeitaufwand erforderlich sein wird. Der Tätigkeit des Kreisärztes unterliegen ferner die Prüfung der Karten für anzeigepflichtige Krankheiten, die Untersuchung aufgegriffener Personen, die Leichenbefichtigungen, die Untersuchung der Trichinenschauer usw. Ferner hat der Kreisarzt Berichte und Gutachten zu erstatten.

Der Umfang der vorstehend skizzierten Arbeiten würde allein nach Ansicht des Landherrn die Erhöhung des Gehalts auf 1500 M. nicht rechtfertigen. Für diesen Gehaltsatz ist schließlich folgender Umstand bestimmend gewesen.

Der Kreisarzt hat darauf hingewiesen, daß ihm nach § 18 der Medizinalordnung vom 2. Juni 1901 (Gesetzbl. S. 97 ff.) die Vertretung der Kreisärzte der Stadt Bremen und des Gerichtsarztes obliegt, er habe in diesem Jahre den Gerichtsarzt sieben Wochen und die Kreisärzte der Stadt 15 Wochen vertreten und zwar den einen der Kreisärzte auch hinsichtlich des Choleradienstes. Wenn auch für diese besondere Mühewaltung ihm vom Medizinalamt der Stadt eine Remuneration in Aussicht gestellt sei, so bitte er doch in Erwägung zu nehmen, ob nicht für die in jedem Jahr erforderliche Vertretung der Kreisärzte und des Gerichtsarztes ihm im Budget ein Honorar ausgesetzt werden könne. Besprechungen mit dem Medizinalamt für die Stadt haben dahin geführt, das Gehalt des Kreisärztes Dr. Schotte mit 1500 M. in das Budget einzustellen, worin also einmal ein Äquivalent für die erheblich umfangreichere Tätigkeit des Kreisärztes im Interesse des Landgebietes und sodann ein Ausgleich für die Vertretung der Kreisärzte der Stadt und des Gerichtsarztes enthalten ist. Es empfahl sich aus Zweckmäßigkeitsrücksichten, auch das Äquivalent für diese Vertretung in das Budget des Landherrnamts zu übernehmen.

Zu Pos. I Schreiber. Für einen neuen Schreiber sind 600 M. eingestellt. Diese Schreibhülfe muß erbeten werden aus folgendem Grunde. Ein Schreiber bearbeitet im wesentlichen die Personalakten, Sittenzeugnisse u., einer führt das Hauptjournal hinsichtlich der Ein- und Ausgänge für das Landherrnamt, ferner zurzeit ein Journal für die Verwaltungsdeputation und den Wegbau, der Bote und Schreiber Bierhenke erledigt die Austragungen von Akten und die Schreibmaschinenarbeiten. Dieser kann für Schreibarbeiten im Vergleich zu früher nur in geringem Maß herangezogen werden, da auch die Botengänge für die Verwaltungsdeputation und Baudeputation, Abteilung Wegbau, ihn stark beanspruchen. Es mangelt an einer Hülfe für die ordnungsmäßige Ausfertigung der zahlreichen Bauerlaubnisse.

Pos. II 2
Aus dieser
eine Vergütung von
vom 1. April
büreau die Konten
tragen, weshalb e
angemessen erschei
vermehrte Arbeit
zugekommen.

Pos. II 3
Annahme der Ausg
Pos. II 5
Pos. II 6
Zurückführung der Mi
Zu Pos. II
Gemeinden Vorgesell

Bremen, D

Budgetbericht d

Indem die
in sich zu der Pos.
für 1905

Berichtigung von 12
jährlich 300 M.
in Budget eingestellt

500 M. ausgewo
2800 M.

Deputation
anderen, der die
Jahresjahr 1904 vo

von 1500 M. diese
daß dem Direktor

Inspektion und ich
lassen, und daß Di
als Geschäftszimmer

den jetzigen Inspek
Schreibhülfe bezahlt

Berichtigung. Die
der Geschäfte. Bei
eines Assistenten, d

und der Gebäude
Verhandlung

der Deputation an
haben dann dahin
bereit erklärte, we

und 300 M. als
2500 M. zugeföhr
begründet. Der
Anfragen über B
Ankunft geben
Berichterstattung

Pos. II 2 Medizinalamt. Diese Position ist um 300 M. erhöht.

Aus dieser Position bezieht der Kreistierarzt Körnig seit längeren Jahren eine Vergütung von 2 100 M. für Reise- und Zehrungskosten. Dem Kreistierarzt ist vom 1. April d. J. an in Verfolg eines berechtigten Verlangens des Gesundheitsrats die Kontrolle über die Tätigkeit der Trichinenschauer im Landgebiet übertragen, weshalb eine Erhöhung des Pauschalatzes von 2 100 M. auf 2 400 M. angemessen erscheint. Der Betrag von 300 M. ist dem Kreistierarzt für seine vermehrte Arbeit im Sommer dieses Jahres aus Mitteln des Landherrnamts zugekommen.

Pos. II 3 Landarmenverband. Hier sind 200 M. mehr eingestellt wegen Zunahme der Ausgaben für Landarme.

Pos. II 5 Feuerung pp. ist um 100 M. ermäßigt.

Pos. II 6 Quartiermieten für Landjäger ist um 322 M. erhöht wegen Steigerung der Mieten.

Zu Pos. III des Budgets Entschädigung an die Kreisverwaltung und die Gemeinden Borgfeld und Oberneuland-Rockwinkel wird besonders berichtet werden.

Bremen, Dezember 1905.

Der Landherr.

(gez.) Buß.

Budgetbericht der Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke.

Anlage 7.

Indem die unterzeichnete Deputation das Budget für 1906 überreicht, erlaubt sie sich zu der Pos. IV 1 des Ausgabe-Budgets das Nachstehende zu berichten.

Für 1905 war beantragt, die dem Inspektor der Staatsländereien gewährte Vergütung von 1200 M. auf 1500 M. zu erhöhen, und es wurden demgemäß, zuzüglich 300 M. für sonstige Unterhaltung und Aufsicht, 1800 M. sub IV 1 des Budgets eingestellt. Für 1906 sind für den Inspektor der Staatsländereien 2500 M. ausgeworfen und somit, zuzüglich der 300 M. für sonstige Unterhaltung, 2800 M. eingestellt. In einer im September d. J. an die unterzeichnete Deputation gerichteten Eingabe hat der jetzige Inspektor der Staatsländereien, der diese Stellung nach dem Ableben des Direktors Lindmeyer im Frühjahr 1904 vorläufig übernommen hat, dargelegt, daß er für ein Honorar von 1500 M. diesen Posten nicht weiter bekleiden könne. Die Eingabe führt aus, daß dem Direktor Lindmeyer das Recht zugestanden habe, die Aktenführung der Inspektion und schriftliche Arbeiten durch Beamte des Katasteramts besorgen zu lassen, und daß Direktor Lindmeyer neben dieser Schreibhülfe sein Dienstzimmer auch als Geschäftszimmer der Inspektion habe verwenden können. Alles dies falle bei dem jetzigen Inspektor der Staatsländereien fort, er müsse von seinem Honorar die Schreibhülfe bezahlen und stelle dem Staat sein Kontor als Geschäftszimmer zur Verfügung. Die Eingabe verbreitet sich ferner über den stetig wachsenden Umfang der Geschäfte. Beantragt wurde endlich die Erhöhung des Gehalts und die Anstellung eines Assistenten, dem insbesondere eine schärfere Beaufsichtigung der Staatsländereien und der Gebäude übertragen werden sollte.

Verhandlungen mit dem Inspektor der Staatsländereien, dessen Kraft für die der Deputation anvertrauten Obliegenheiten zu erhalten allseitig gewünscht wurde, haben dann dahin geführt, daß dieser sich zur ferneren Bekleidung dieses Postens bereit erklärte, wenn ihm ein Honorar von 1900 M., ferner 300 M. für Schreibhülfe und 300 M. als Äquivalent für die Benutzung seiner Privaträume, mithin total 2500 M., zugesichert würden. Die Deputation hält diese Forderung für durchaus begründet. Der Inspektor der Staatsländereien, der auch anderen Behörden bei Anfragen über Wert und Verhältnisse von Liegenschaften und Gebäuden sachgemäße Auskunft geben muß, hat neben der Beaufsichtigung der Ländereien auch die Berichterstattung hinsichtlich der zu vermietenden Gebäude übernommen, eine Aufgabe,

zu deren Erledigung die Deputation einer geeigneten Hülfe dringend bedarf. Die Arbeiten des Inspektors sind in den letzten Jahren durch die vielen Ankäufe des Staats und durch Überweisungen von anderen Behörden erheblich gewachsen; die Vermehrung der Arbeit ist insbesondere durch die Überweisung der Ländereien der Krankenanstalt, durch den Ankauf der Woltmershäuser, Rablinghäuser und Lankenauer Groden, die Zuweisung der enteigneten Ländereien für den projektierten Kanal in Neuenland, Woltmershausen und Rablinghausen, durch den Ankauf der Güter Langewisch, Huckelriede, Höpfensruh u. s. w. und auch durch die zahlreichen Ankäufe von Häusern und Grundstücken durch die Regulierungsdeputation hervorgerufen. Es liegt auf der Hand, daß die ordnungsmäßige Beaufsichtigung aller dieser Werte nur mit einem erheblichen Aufwand von Zeit und Mühe ausgeführt werden kann; die Deputation hält es daher für eine glückliche Lösung, daß der Inspektor der Staatsländereien, falls ihm die obengenannte Honorierung gewährt wird, seine Erfahrung und Sachkenntnis dem Staat auch fernerhin zur Verfügung stellen will. Falls, wie zu erhoffen, Senat und Bürgerschaft dem Abkommen zustimmen, kann die Frage der Umgestaltung der Verwaltung der der Deputation unterstehenden Interessen vorläufig noch auf sich beruhen bleiben.

Bremen, den 28. Dezember 1905.

Die Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke.
(gez.) **Buß.** (gez.) **J. P. Schrage.**

Anlage 8.

Budgetbericht der Senatskommission für Zollangelegenheiten.

Der Finanzdeputation übersende ich hierneben die Entwürfe zu den Spezial-etats der Zollverwaltung „Einnahme“ und „Ausgabe“ mit einer Anlage in je zwei Ausfertigungen nebst dem Begleitbericht.

Ich bemerke dazu noch folgendes:

Die Kosten der Erhebung der Schiffsabgabe für 1906 sind wie folgt zu veranschlagen:

1) An Gehalten		
a. Durchschnittsgehalt		
für 1 Assistenten I. Klasse	M.	3 204
„ 2 „ II. „ je 2521	„	5 042
„ 3 Aufseher je 1864	„	5 592
b. Wirkliches Gehalt		
für 1 Einsammler	„	1 200
„ 1/2 „ (zur anderen Hälfte wird derselbe mit Einziehung der Fleischbeschaugebühren beschäftigt)	„	640
zusammen Gehalte	M.	15 678
2) An Fuhrkosten für die Einsammler	„	100
zusammen	M.	15 778

Die Einnahme an Fleischbeschaugebühren wird für das Rechnungsjahr 1906 auf 120 000 M. zu schätzen sein.

Schließlich gestatte ich mir darauf hinzuweisen, daß es dringend erwünscht ist, daß die zum Zollsche des linken Weseruferes in Vorschlag gebrachten, vom Senat unterm 12. d. M. genehmigten zwei neuen Grenzaufseherstellen in Rablinghausen schon zum 1. April nächsten Jahres besetzt werden. Ich bitte daher, mir nach Bewilligung der Position durch die bürgerchaftliche Kommission hiervon Mitteilung zu machen, damit ich einen entsprechenden Antrag im Senat stellen kann.

Bremen, den 22. Dezember 1905.

Die Senatskommission für Zollangelegenheiten.
(gez.) **Marcus.**

7 Grenzaufseherstellen beim Hauptamte Bremerhaven, darunter 1 Stelle, welche bis 31./12. 05. Revisionsaufseherstelle war, s. auch unter II. Abgang.	Übertrag ... M.	1 288 846,78
Durchschnittsgehalt je	M.	1 864,— " 13 048,—
3) 2 vom 1. April 1906 ab neu zu errichtende Grenzaufseherstellen beim Hauptamte Bremen s. Ausgabe B I 537/8		
Durchschnittsgehalt je	M.	1 864,— " 3 728,—
Zusammen ...	M.	1 305 622,78

II. In Abgang:

Eine im Rechnungsjahre 1905 beim Hauptamte Bremerhaven in eine Grenzaufseherstelle umgewandelte Revisionsaufseherstelle,		
Durchschnittsgehalt	M.	1 864,—
6 Prozent von je M. 1 640	"	98,40
5 " " " " 1 640	"	82,— M. 2 044,40
Bleiben ...	M.	1 303 578,38

welche mit rund 1 303 580 M. eingestellt sind.

Zu I 1 b. Die Vergütungen für außergewöhnliche Dienstleistungen sind durch die neue Zollgebührenordnung vom 1. August 1905 ab für Assistenten und Beamte höheren Ranges von 60 S auf 1 M. sowie für Aufseher und Beamte niederen Ranges von 30 S auf 60 S für die Stunde erhöht. Außerdem werden voraussichtlich durch den neuen Zolltarif in dem ersten Jahre mehr außergewöhnliche Dienstleistungen nötig werden. Dementsprechend sind die gegenüber dem Reiche in Anrechnung zu bringenden Zollverwaltungs-kosten auf 45 000 M. erhöht.

Zu I 2 b. Für die Erhebung der Zuckersteuer sind vom Reiche vergütet	
im Rechnungsjahre 1902 - M.	—
" " 1903 "	752,64
" " 1904 "	62,47

im I. Halbjahre des Rechnungsjahres 1905: 0,15 M.

Es ist daher die Vergütung von 100 M. auf 10 M. herabgesetzt.

Zu I 2 c. Die Einnahmen aus der Branntweinsteuer sind seit 1902 weiter zurückgegangen. Es haben betragen:

	Die Einnahme:	Die Vergütung des Reichs:
1902	M. 957 293,95	M. 54 112,92
1903	" 906 774,55	" 52 271,15
1904	" 825 822,65	" 47 120,26

Die im Vorjahre gehegten Erwartungen auf eine Mehreinnahme an Branntweinsteuer und dementsprechend an Vergütung des Reiches haben sich im laufenden Rechnungsjahre bisher nicht erfüllt, es ist vielmehr noch eine Mindereinnahme eingetreten. Gegenüber einer Einnahme von 390 155,10 M. im I. Halbjahre des Rechnungsjahres 1904 ist für den gleichen Zeitraum des laufenden Rechnungsjahres eine solche von nur 368 627,05 M. zu verzeichnen. Die Vergütung des Reichs für Erhebung und Kontrolle ist daher nur mit einem Betrage von 45 000 M. eingesetzt.

Zu 2 e. Die Einnahmen aus der Brausteuer waren im Rechnungsjahre 1904 zurückgegangen, sind jedoch im laufenden Rechnungsjahre wieder gestiegen. Es haben betragen:

	Die Einnahme:	Die Vergütung des Reichs:
1902	M. 300 654,95	M. 45 098,24
1903	" 301 357,50	" 45 203,62
1904	" 288 822,35	" 43 323,35
im I. Halbjahr 1904	" 135 134,10	" 20 270,12
" " " 1905	" 161 517,—	" 24 227,55

Es ist daher die Vergütung des Reiches von 45 000 M. auf 48 000 M. erhöht.

Zu 2 f. Die Vergütungen des Reiches für Erhebung des Spielfartenstempels haben betragen:

1902	M. 47,70
1903	" 5,40
1904	" 3,64.

Es ist daher für das Rechnungsjahr nur eine Vergütung von 5 M. in Ansatz gebracht.

Zu 1 2 g. Die Einnahmen an Reichsstempelabgaben sind seit 1902, wie sich nachstehend ergibt, bedeutend zurückgegangen, in den ersten sieben Monaten des laufenden Rechnungsjahres ist jedoch gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, insbesondere bei der Abgabe für Wertpapiere (Aktien usw.), die ihrer Natur nach mancherlei Wechseln unterliegt, eine wesentliche Mehreinnahme eingetreten.

	Für Aktien, Kuxe, Renten- u. Schuldverschreibungen		Für Kauf- u. sonstige Anschaffungs-geschäfte		Für Lotterie-Lose		Für Schiffsfracht-urkunden		Zusammen		Die Vergütung des Reichs beträgt	
	M.	ℒ	M.	ℒ	M.	ℒ	M.	ℒ	M.	ℒ	M.	ℒ
Rechnungsjahr 1902	782 933	—	253 180	—	14 219	80	107 888	20	1 158 221	—	23 164	42
" 1903	145 731	40	268 960	45	14 972	50	113 564	40	543 228	75	10 864	37
" 1904	167 162	80	190 103	15	18 105	45	103 530	40	478 901	80	9 578	04
Zu den ersten sieben Monaten des Rechnungsjahres 1904	67 541	80	120 096	95	15 805	90	56 799	40	260 244	05	5 204	88
Desgleichen 1905	380 410	—	104 397	40	10 763	05	64 077	50	559 647	95	11 193	96

Es ist daher die Einnahme an Vergütung des Reichs mit 15 000 M. eingesetzt.

Zu II 2 a. Da die Gehaltsdurchschnittssätze für die Assistenten und Aufseher durch die Neu festsetzung erhöht, auch bei den fixierten Verwaltungskostenbeiträgen nach der neuen Gebührenordnung 15 % des Gehalts als Pensionslast hinzutreten, so erhöht sich dieser Betrag nicht unwesentlich und berechnet sich auf 67 725,80 M.

Zu II 2 b. Infolge der Erhöhung der Gebühren von 60 ℒ auf 1 M. für Assistenten und Beamte höheren Ranges sowie von 30 ℒ auf 60 ℒ für Aufseher und Beamte niederen Ranges durch die neue Zollgebührenordnung ist ein erhöhter Betrag von 3500 M. in Ansatz gebracht.

Zu II 3. Dadurch, daß bei einigen Inhabern von Dienstwohnungen das Gehalt durch die gesetzlichen Alterszulagen steigt und je eine Dienstwohnung für einen Oberkontrolleur und einen Amtsdienner im neuen Dienstgebäude am Holzhafen hinzukommt, erhöht sich die Einnahme an Miete für Dienstwohnungen für das Rechnungsjahr 1906 gegenüber dem laufenden Rechnungsjahre.

Bei den übrigen Einnahmetiteln sind wesentliche Änderungen in den Erträgen nicht zu erwarten.

B. Ausgabe.

Zu A. I 24. Nach dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs vom 25. Dezember 1902 werden die vorhandenen Beamtenkräfte bei der Rechnungskontrolle der Zolldirektion zur ordnungsmäßigen Nachprüfung der Register und Zollpapiere nicht ausreichen, weil einerseits eine Vermehrung der Zollpapiere dadurch eintreten wird, daß Waren, die bisher zollfrei waren, nach dem neuen Zolltarife zollpflichtig werden, andererseits die Nachprüfung der Zollpapiere selbst sich nicht unwesentlich schwieriger gestalten wird. Der neue Zolltarif hat eine von den bisherigen sehr abweichende Gestaltung und vor allem sehr ins einzelne gehende Gliederung, die durch die Handelsverträge noch weiter zerlegt wird, erfahren. Dadurch wird naturgemäß die Nachprüfung der Zollpapiere mehr Zeit als bisher in Anspruch nehmen, außerdem aber noch größere Sorgfalt erfordern, weil auch den Abfertigungsbeamten die Warenrevision gegen früher erheblich erschwert ist, diese aber im allgemeinen Verkehrsinteresse mit möglichster

Beschleunigung arbeiten müssen, so daß Versehen unausbleiblich sind. Ferner treten die Prüfungen der Zinsberechnungen für Getreide auf Zolllägern, der Berechnungen der Zuschläge und noch mancherlei rechnerische und sonstige Arbeiten, die der Zolltarif mit sich bringen wird, hinzu. Wenn die dem Reichstage zur Zeit vorliegenden neuen Reichssteuergesetze zum 1. April künftigen Jahres Rechtskraft erlangen, so wird auch der Rechnungskontrolle dadurch erweiterte Tätigkeit erwachsen, namentlich im Hinblick auf Staffelung der Brausteuern, die Erbschaftsteuer, die Abrechnung mit dem Reich usw.

Für die Übergangszeit ist es erforderlich, daß die Assistenten der Rechnungskontrolle von den Sekretären, die an dem Unterrichtskursus des Zolllaboratoriums teilgenommen haben, unterwiesen werden, wodurch die betreffenden Beamten ihrer eigentlichen Arbeit, der Nachprüfung der Zolllapapiere usw., eine gewisse Zeit entzogen werden. Alle diese Umstände lassen schon jetzt keine Zweifel darüber zu, daß die zur Zeit vorhandenen Beamten der Rechnungskontrolle die wesentliche Mehrarbeit ordnungsmäßig zu erledigen, nicht imstande sein werden.

Da es sich indessen jetzt noch nicht übersehen läßt, wie viel Beamtenkräfte mehr für das nächste Rechnungsjahr erforderlich sein werden, so empfiehlt es sich, in der Annahme, daß vielleicht vom 1. Juni 1906 ab die Errichtung einer Assistentenstelle erster Klasse und vom 1. September 1906 ab die einer Sekretärstelle und nötigenfalls eines weiteren Assistenten erster Klasse notwendig wird, eine Pauschalsumme von 6000 M. in das nächstjährige Budget einzustellen.

Zu A. II 3. Die nach vorstehendem erforderliche Vermehrung des Beamtenpersonals macht die Anschaffung von Mobilien und Dienstutensilien für die neu anzustellenden Beamten erforderlich; auch erhöhen sich die Ausgaben für Licht und Feuerung. Ferner wird durch die in Aussicht stehende Erweiterung der Reichssteuergesetzgebung, sowie durch die Einführung des neuen Zolltarifs eine Steigerung der Ausgaben für Bücher und sonstige bibliothekarische Gegenstände eintreten. Es sind daher mit 6500 M. 1500 M. mehr in Ansatz gebracht wie im Vorjahr.

Zu B I Abschnitt 4 Nr. 537/538. Im Interesse eines besseren Grenzschutzes gegen das Zollausschlußgebiet hier ist im Hinblick auf die demnächst in Kraft tretenden Zollerhöhungen, welche sich wahrscheinlich auch auf den für den hiesigen Handel so bedeutend in Betracht kommenden Tabak erstrecken und naturgemäß wesentlich mehr als bisher zum Schmuggel reizen werden, eine Vermehrung des Grenzschutzpersonals zur Überwachung des linken Weseruferes auf bremischem Staatsgebiete dringend erforderlich. Das linke Weserufer auf bremischem Staatsgebiete ist mit Grenzaufsichtern zurzeit überhaupt nicht besetzt und wird nur durch die Zollboote der Grenzaufsichtsstationen Gröpelingen und Mittelsbüren mit beaufsichtigt. In Rablinghausen ist ein in großem Maßstabe betriebener Bandenschmuggel in diesem Sommer durch Zufall entdeckt worden. Die Untersuchung hat zu zahlreichen Verhaftungen geführt und ergeben, daß seit Jahren auf dem Wasserwege Branntwein und bedeutende Mengen Rohtabak eingeschmuggelt sind. Die geschmuggelten Waren wurden am linken Weserufer bei Lantenau und Rablinghausen an Land gebracht.

Dieser Gefahr für die Zollsicherheit soll durch die Errichtung einer mit mindestens zwei Fußgrenaufsichtern besetzten Grenzaufsichtsstation in Rablinghausen begegnet werden.

Der Reichsbevollmächtigte hat sich mit Errichtung dieser beiden dem Reiche gegenüber aufrechnungsfähigen Stellen einverstanden erklärt.

Zu B I Abschnitt 5. Die aus Anlaß der Einführung des neuen Zolltarifs bei den Hauptzollämtern bisher bewilligten neuen Stellen werden möglicherweise nicht ausreichen, da z. B. der Eingang von Futtergerste, der nur über einige Zollstellen, wozu jedenfalls Bremen gehören wird, zulässig sein soll, und von anderen Waren einen ungewöhnlichen Umfang annehmen kann. Dem Vorgange für das diesjährige Budget entsprechend, wird es sich daher empfehlen, eine Pauschalsumme zur möglichen Vermehrung des Personalbestandes um etwa fünf Assistentenstellen I. Klasse und zehn Revisionsaufseher mit den Stellenanfangsgehältern von je 2200 M. und je 1600 M., im Betrage von 20 000 M. als Pauschalsumme hier einzustellen.

Zu B II
Zolltarifs und
werden, und
Umfang an
Arbeit nicht
der Verleht
muß die jäh
bedarf es eine
derselbe von 3

Zu B
stehende Verme
fonds. Die G
Jahr erfolgt.

Zu B I
den Zollpflichtig
außerordentliche
die mit dem 1.
Aufseher auf das
sind, auch eine v
Zolltarifs wenigst
von 24150 M.
gebracht worden.

Zu B IV
Straßenbahn zeite
gingen sowie Zeit
der bisher für sie
40 M. auf 80 M.
Einwanderer der
getrennten Geschäfts
werden. Eine wei
die dem Hauptzoll
aufsichtsstationen W
inspektor mindestens
führten rund 100

Durch den
150 M. wird die

Zu B V 1.
im künftigen Frühje
herstellt, sowie die
Beamtenspersonals
Feuerung, Licht usw.
hierfür aufgeworfen
2436 M. höher ang

Einer Aufbe
trunkontrollen, i
Materialienpreise ge
auch in Preußen ge
Hiernach wi
etwischen sein.

Zu B V 3.
Zolllaboratoriums i
werden die Anschä
übergehende Erhö
liegt daher im Bedü

Zu B II. Es muß damit gerechnet werden, daß nach Inkrafttreten des neuen Zolltarifs unvorhergesehene Schwierigkeiten bei den Warenabfertigungen eintreten werden, und daß insbesondere die Einfuhr verschiedener Waren einen so großen Umfang annehmen wird, daß die vorhandenen Beamtenkräfte zur Bewältigung der Arbeit nicht ausreichen werden. Um in solchen Fällen keine Störungen, durch die der Verkehr leicht nach anderen Orten abgelenkt werden könnte, aufkommen zu lassen, muß die schnelle Annahme von Hilfskräften in der Möglichkeit liegen. Hierzu bedarf es einer vorübergehenden wesentlichen Erhöhung des bisherigen Fonds, weshalb derselbe von 3000 M. auf 7000 M. gebracht worden ist.

Zu B III. Die bisher schon erfolgte und auch noch weiter in Aussicht stehende Vermehrung des Beamtenpersonals rechtfertigt eine Erhöhung des bisherigen Fonds. Die Einstellung ist daher mit 7500 M. statt 6000 M. im laufenden Jahr erfolgt.

Zu B IV 1. Aus diesem Fonds werden die den Beamten zustehenden, von den Zollpflichtigen demnächst der Staatskasse zu erstattenden Vergütungen für außerordentliche Dienstleistungen gezahlt. Da die bisherigen Vergütungssätze durch die mit dem 1. August d. J. in Kraft getretene neue Zollgebührenordnung für die Aufseher auf das Doppelte, für die höheren Beamten um zwei Drittel erhöht worden sind, auch eine vermehrte Inanspruchnahme der Beamten nach Einführung des neuen Zolltarifs wenigstens für den Anfang in Aussicht steht, so bedarf der bisherige Fonds von 24150 M. einer angemessenen Erhöhung und ist deshalb auf 46000 M. gebracht worden.

Zu B IV 2. Um zu ermitteln, ob durch ausgiebigere Benutzung der Straßenbahn seitens der einzelnen Beamten der Obersteuerverkontrolle auf ihren Dienstgängen soviel Zeit gewonnen wird, um eine Beamtenkraft ersparen zu können, ist der bisher für sie zur Verfügung stehende verhältnismäßig niedrige Betrag von 40 M. auf 80 M. heraufgesetzt worden. Ebenso ist das Jahrgeld für die beiden Einsammler der Schiffsabgabe und der Fleischbeschaugebühren wegen der eingetretenen Geschäftssteigerung mit 100 M., um 10 M. höher als bisher, angesetzt worden. Eine weitere Mehrausgabe wird schließlich noch dadurch erforderlich, daß die dem Hauptzollamte Bremerhaven seit dem 1. April d. J. unterstellten Grenzaufsichtsstationen Mittelbüren und Begeßack durch den Bremerhavener Oberzollinspektor mindestens monatlich einmal revidiert werden müssen, wodurch für Wagenfahrten rund 100 M. Kosten entstehen.

Durch den hiernach erforderlich werdenden Mehrbedarf von zusammen 150 M. wird die Erhöhung des Fonds von 2100 M. auf 2250 M. erforderlich.

Zu B V 1. Die Errichtung verschiedener neuer Revisionsstellen und die im künftigen Frühjahr bevorstehende Eröffnung der Zollabfertigungsstelle Holzhafen hier selbst, sowie die eingetretene und noch weiter zu erwartende Vermehrung des Beamtenpersonals werden einen entsprechenden Mehraufwand an Bureaubedarf, Feuerung, Licht usw. zur Folge haben. Der bisherige für das Hauptamt Bremen hierfür aufgeworfene Betrag von 31564 M. wird daher nicht reichen und ist um 2436 M. höher angenommen.

Einer Aufbesserung bedarf auch das Bureaukostenaversum des hiesigen Obersteuerverkontrollen, da das Schreibwerk sich wesentlich vermehrt hat und die Materialienpreise gestiegen sind. Dasselbe ist, wie solches aus gleichen Gründen auch in Preußen geschehen, mit 72 M., statt wie bisher mit 36 M., angesetzt.

Hiernach wird der ganze Fonds von 39500 M. auf rund 42000 M. zu erhöhen sein.

Zu B V 3. Die Errichtung neuer Dienststellen, sowie die Verlegung des Zolllaboratoriums in das neue Hauptzollamtsgebäude nach dessen Fertigstellung werden die Anschaffungen von mancherlei Dienstgegenständen erfordern. Eine vorübergehende Erhöhung des bisher 3000 M. betragenden Fonds auf 4000 M. liegt daher im Bedürfnis.

Zu B V 5. Die Vermehrung des Grenzschutzpersonals bedingt auch eine Erhöhung des Bedürfnisfonds für dasselbe. Der Fonds ist daher, sowie auch mit Rücksicht auf seine bisher schon dürftige Ausstattung von 300 M. auf 450 M. gebracht worden.

Zu B V 6. Die bisher zur Ausführung der Vorschriften des am 1. März f. Js. in Kraft tretenden Zolltarifs angeschafften Revisions- und Vermessungsinstrumente genügen möglicherweise nicht dem Bedarfe. Es ist daher, dem Vorgange für das diesjährige Budget entsprechend, eine Summe zu weiteren Anschaffungen zur Verfügung zu halten. Die Höhe derselben ist mit 10 000 M. angenommen.

Zu B VII. Bei Besetzung der beim neuen Hauptzollamte usw. zu errichtenden Stellen können Versetzungen von Beamten in größerer Zahl erforderlich werden. Es empfiehlt sich daher den bisherigen Fonds vorübergehend von 3000 M. auf 4000 M. zu erhöhen.

Zu B VIII. Für den Fall der Errichtung der vorstehend zu B 4 Nr. 357/58 beantragten Grenzaufsichtsstation zu Rablshausen ist dem Postenführer der Station eine jährliche Postenführerzulage von 20 M. zu zahlen. Der Fonds erhöht sich dadurch von 380 M. auf 400 M.

Zu C I B 7. Die durch das Medizinalamt festgesetzte Erhöhung der Untersuchungsgebühren für die Trichinenschauer von 25 auf 35 S. für jede Untersuchung von Schinken etc. macht eine Erhöhung des Fonds von 6500 M. auf 8000 M. erforderlich.

Zu C I D 2. Der aus diesem Fonds für Formulare und Drucksachen zur Verfügung stehende Betrag ist bisher verhältnismäßig wenig in Anspruch genommen und kann dementsprechend von 1200 M. auf 600 M. herabgesetzt werden. Der ganze Fonds ist daher von 13 063,33 M. auf rund 12 400 M. gebracht worden.

Bremen, den 29. Dezember 1905.

Die Senatskommission für Zollangelegenheiten.
(gez.) **Marcus.**

Anlage 9.

Budgetbericht der Baudeputation, Abteilung Allgemeine Bauverwaltung.

Die Baudeputation, Abteilung Allgemeine Bauverwaltung, überreicht hierneben das Budget für 1906, wobei sie sich wegen der Einzelheiten auf den beifolgenden Bericht des Bauinspektors Schmidt bezieht.

Bremen, den 30. Dezember 1905.

Die Baudeputation, Abteilung Allgemeine Bauverwaltung.
(gez.) **Wessels.** (gez.) **Gottfr. Bergfeld.**

Unteranlage 1.

Bericht des Bauinspektors Schmidt.

Zu dem in der Anlage beigefügten Budgetentwurf der Allgemeinen Bauverwaltung ist erläuternd zu berichten:

I. Gehalte.

Die von den Bauabteilungen zur Prüfung eingehenden Ausschreibungsgrundlagen, Massenberechnungen und Kostenanschläge haben einen derartigen Umfang angenommen, daß es dem bei der Baudirektion mit Ruhegehaltsberechtigung angestellten Bauaufseher nicht mehr möglich ist, sie allein zu bearbeiten; es hat daher schon seit längerer Zeit auch der bei der Baudirektion mit Jahrgeldsberechtigung angestellte Zeichner fast ausschließlich mit diesen Arbeiten beschäftigt werden müssen.

Bei Re-
technischer Kräfte
Bauaufseherstelle
jahr 1906 in
dem Anfangsbetrag
höher eingestellt
Sollte d
statt dessen die
Auch bei
vermehrt, so daß
(vier Beamte) die
Beamten ist es b
zu den bestimmte
weise 19 769 M.
in 126 Rechnung
Es wird
verschiedenen Beam
kann nur ein alte
Schreiber in Frag
dafür ein Betrag

Position 1.
Baudirektion sind
beigefügten Zusam
diesjährigen Budget
Mten 3380 M. für
Verhältnisse vorlie
3854 — 3380 = 4

Die Position
handwerker und Ar
7000 M.) ermäßigt
Mischmischenstelle auf
Für die übr
Die ordn
Budgetjahre bei der
entsprechend der an
korrektur von 5500

Bremen, den
Eingereichten.

14. Dezember

(gez.)

Zum Budget 19

1 Schrank zur Aufst
1 Zahlstisch mit Vor
Herstellung einer Fe
Straßenbauinspe
Hagenauerstraße

Bei Neubesezung der Zeichnerstelle im November 1905 mit dem Bautechniker Krück ist daher die Umwandlung dieser Stelle in eine ruhegehaltsberechtigte Bauaufseherstelle mit einem Gehalt von 1800 bis 3600 M. für das Rechnungsjahr 1906 in Aussicht genommen. Dementsprechend ist Krück als Bauaufseher mit dem Anfangsgehalt von 1800 M. eingestellt, dafür aber die mit 1700 bis 2000 M. bisher eingestellt gewesene Zeichnerstelle fortgelassen worden.

Sollte die Umwandlung dieser Stelle nicht genehmigt werden, so müßte statt dessen die Zeichnerstelle mit 1700 M. wieder eingestellt werden.

Auch beim Revisionsbureau der Bauverwaltung haben sich die Arbeiten vermehrt, so daß es auf die Dauer nicht mehr möglich ist, mit dem jetzigen Personal (vier Beamte) die Arbeiten zu bewältigen. Nur durch häufiges Nacharbeiten der Beamten ist es bis jetzt möglich gewesen, die zur Revision eingelieferten Rechnungen zu den bestimmten Terminen fertigzustellen. Im Jahre 1904 wurden beispielsweise 19 769 Rechnungen (darunter solche bis zu sechzig Seiten lang) revidiert, die in 126 Rechnungsbüchern auf Titeln und Positionen zur Verbuchung gelangten.

Es wird daher nunmehr die Schaffung einer fünften mit Jahrgeldberechtigung versehenen Beamtenstelle für das Revisionsbureau erforderlich. Für diese Stelle kann nur ein älterer mit dem Rechnungsweisen der Bauverwaltung speziell vertrauter Schreiber in Frage kommen und ist daher mit Genehmigung der Baudeputation dafür ein Betrag von 1400 M. in das Budget eingestellt worden.

II. Sachliche Ausgaben.

Position 1. Nach den Anträgen der einzelnen Abteilungen einschließlich der Baudirektion sind hierunter die Inventarbeschaffungen, welche nach der in Anlage 2 beigelegten Zusammenstellung 3854 M. erfordern, vorgesehen. Da bei dem im diesjährigen Budgetjahr bewilligten Betrage von 32 000 M. nach Ausweis der Akten 3380 M. für Inventarbeschaffung berücksichtigt waren, und sonst die gleichen Verhältnisse vorliegen, so erhöht sich Position 1 um die Differenz dieser Kosten (3854 — 3380 = 474 M.) auf 32 474 M.

Die Position 4, Gerätelager, aus dem auch die Löhne der hier beschäftigten Handwerker und Arbeiter bestritten werden, kann um 1500 M. (von 8500 auf 7000 M.) ermäßigt werden, da der Maschinist Meier in die jahrgeldsberechtigte Maschinistenstelle aufgerückt ist.

Für die übrigen Positionen bleiben die diesjährigen Beträge unverändert.

Die ordentlichen Einnahmen sind in gleicher Höhe wie im laufenden Budgetjahre bei den Positionen 1 und 2 wieder eingestellt und in Position 3 entsprechend der anderweitigen Besetzung der Bauleiterstelle für die Unterweiserkorrektur von 5500 M. auf 7791,67 M. erhöht.

Bremen, den 13. Dezember 1905.

Einverstanden.

Der Bauinspektor.

14. Dezember 1905.

(gez.) Schmidt.

(gez.) Büding.

Zum Budget 1906 des Fonds „Allgemeine Bauverwaltung“ zu beantragende Inventargegenstände.

Unteranlage 2.

I. Für die Straßenbauinspektion.

1 Schrank zur Aufbewahrung von Zeichenpapier	M. 160
1 Zählstisch mit Vort	„ 62
Herstellung einer Fernspretleitung der Feuerwehr zwischen der Straßenbauinspektion und der Wohnung des Baurats Graepel, Hagenauerstraße 8, laut besonderem Kostenanschlag	„ 922 M. 1144
Übertrag	M. 1144

Übertrag... M. 1144

II. Für die Hochbauinspektion.

1 Lichtpausapparat 1,60 × 1,0 m groß, fahrbar, mit pneumatischer Einrichtung	M. 400	
1 Pantograph zur Vergrößerung und Verkleinerung von Zeichnungen	" 300	
1 Schreibmaschine	" 500	
1 Doppelpult nebst 2 Böden für die Buchhalterei	" 200	
1 Materialschrank	" 80	
1 Schrank für Zeichnungen für die Planckammer	" 280	" 1760

III. Für die Wegbauinspektion.

1 Schreibmaschine	M. 500	
1 Tisch mit Aufsatz	" 50	" 550

IV. Für die allgemeine Bauverwaltung.

4 Wintermäntel für die Boten Meister, J. Kullhusen, H. Kullhusen und Heise à M. 40	M. 160	
5 Dienstmützen für dieselben und den Boten Meyer	" 25	
1 Schnell-Vervielfältigungsapparat „Rotary“	" 215	" 400
		M. 3854

Anlage 10.

Budgetbericht der Baudeputation, Abteilung Straßenbau.

Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, überreicht hierneben ihr Budget für 1906 unter Bezugnahme auf den beifolgenden Bericht des Baurats Graepel.

Ebenso wie in früheren Jahren müssen in betreff der in den Verzeichnissen für Neu- und Umlegungen von Straßen angeführten Materialien Änderungen vorbehalten bleiben, wenn sie sich als zweckmäßig erweisen sollten.

Um mit den Neu- und Umlegungen von Straßen sofort nach Eintritt geeigneter Witterung beginnen zu können, darf um eine baldige und vorgängige Beschlußfassung gebeten werden, wie sie in den letzten Jahren stets erfolgt ist.

Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau.

(gez.) **Kasten.** (gez.) **M. Boettcher.**

Unteranlage.

Bericht des Baurats Graepel.

Für die Aufstellung des Budgets für 1906 erlaube ich mir das Nachstehende zu berichten:

A. Ordentliche Einnahmen.

Der Erlös aus Pachten für Straßenareal, Grasnutzungen usw., der Erlös aus Gebühren für Aufbrechen von Straßenpflaster zur Herstellung von Anschlüssen in den für Anschlüsse gesperrten Straßen, sowie der Überschuß des Lagers sind sämtlich in gleicher Höhe wie für 1905 in Ansatz gebracht.

B. Außerordentliche Einnahmen.

Die Beiträge für Straßenanlagen lassen sich erst genau angeben, wenn über die Neuanlagen von Straßen Beschluß gefaßt ist, da erst dann festgestellt werden kann, welcher Betrag aus den Fonds für außerordentliche Verwendungen dem Staatshaushalt gut zu schreiben ist. Die Beiträge für Straßen, deren Kosten noch aus dem laufenden Haushalt bestritten sind, werden nach den in den letzten Jahre erzielten Einnahmen auf 30 000 M. veranschlagt werden können.

C. Ordentliche Ausgaben.

I. Gehalte.

Für den am 15. Novbr. 1905 ausgeschiedenen Baumeister Krohn ist der Hafenbaumeister Günther aus Duisburg angestellt mit der Bestimmung, daß die vierte Alterszulage am 1. Oktober 1907 eintreten soll; es sind daher 5000 M. eingesetzt worden.

Die Arbeiten am Bureau der Straßenbauinspektion nehmen mit dem Wachsen der Stadt derart zu, daß auch mit dem Zeichnerpersonal nicht mehr auszukommen ist, wenn die Pläne auf dem Laufenden erhalten werden und die zu den Berichtserstattungen erforderlichen Zeichnungen in der Fertigstellung keine unzulässige Verzögerung erleiden sollen; ich muß daher die Anstellung eines dritten Zeichners mit einem Gehaltsjahre von 1700 bis 2000 M. und Jahrgeldsberechtigung empfehlen.

In dem Budget für 1905 ist der Schreiber Schlömerkämper als 1902 angestellt aufgeführt; er ist aber tatsächlich bereits am 1. Januar 1900 als jahrgeldsberechtigter Schreiber angestellt. Zwar hat Schlömerkämper seine Dienstzeit unterbrochen, indem er vom 12. Oktober 1900 bis zum 24. September 1902 seiner Militärpflicht Genüge geleistet hat, er ist aber am 26. September 1902 als jahrgeldsberechtigter Schreiber wieder eingetreten; unter diesen Umständen scheint es mir billig zu sein, als Anstellungsjahr 1900 einzustellen.

Der Schreiber Soller ist am 12. Oktober 1900 als jahrgeldsberechtigter Schreiber angestellt, er hat aber seine Tätigkeit vom 21. Oktober bis 13. November 1902, also nur etwa 3 Wochen, wegen Militärpflicht unterbrechen müssen, es scheint mir daher zweifellos zu sein, daß das Anstellungsjahr 1900 und nicht, wie bisher geschehen, 1902 einzusetzen ist.

Diese Richtigstellungen für Schlömerkämper und Soller sind durchaus notwendig, damit bei Beförderungen in höhere Stellen keine Irrtümer und Benachteiligungen entstehen können. Auf die künftige Berechnung des Jahrgeldes hat diese Änderung keinen Einfluß, da die Wartezeit für die jahrgeldsberechtigten Angestellten erst nach Vollendung des fünfundsanzigsten Lebensjahres beginnt.

Neu eingesetzt ist die jahrgeldsberechtigte Stelle eines Schreibers mit einem Gehaltsjahre von 1400 M. Die mit dieser Stellung verbundenen Geschäfte bestehen hauptsächlich in der Bearbeitung der sich von Jahr zu Jahr vermehrenden Einnahmerekchnungen über Ausführungen für Private und andere Behörden, die ein sicheres Rechnen erfordern, damit nicht infolge unrichtiger Ausrechnung unliebsame Folgen eintreten können. Außerdem sind die dafür in Frage kommenden Unternehmerrechnungen aufzustellen. Es handelt sich also um eine zu den allgemeinen ständigen Verwaltungsgeschäften erforderliche Schreiberstelle, für die eine geübte Kraft erforderlich ist und ein Wechsel, wie er in den letzten beiden Jahren 2 Mal vorgekommen ist, tunlichst vermieden werden muß. Von den Fonds für die Kanalanalisation ist für diesen Zweck bereits ein Hilfsarbeiter mit einem Gehaltsjahre von 1400 M. angestellt, da diese Kraft dafür in Aussicht genommen ist, muß für diese dauernde Stellung ein Gehalt von 1400 M. eingestellt werden. Ich darf noch bemerken, daß die Baudeputation, Abtl. Straßenbau, dem Antrage bereits zugestimmt hat.

Der Maschinist für das Schöpfwerk an der Eisenbahnbrücke bezieht ein Gehalt von 1200—1800 M. (5 zu 120), während der Maschinist für das Schöpfwerk für die Kanalisation am linken Weserufer 1500—2000 M. (5 zu 100) erhält. Beide Maschinisten haben Dienstwohnung gegen Abzug von 10 % des Gehaltes. An beide Maschinisten werden in betreff ihrer Befähigung dieselben Anforderungen gestellt; es ist aber der Dienst für das Schöpfwerk am linken Weserufer zeitweilig etwas anstrengender und verantwortungsvoller, indem dieses Schöpfwerk zur Entwässerung der Kanäle dient, während es sich bei dem Schöpfwerk an der Eisenbahnbrücke lediglich um die Speisung des Stadtgrabens handelt. Bei dem ersten Schöpfwerk muß der Betrieb den zufließenden Wassermengen, die bei trockener und nasser Witterung sehr verschieden sind, angepaßt werden; es ist daher große Aufmerksamkeit

notwendig, weil durch ungenügende Handhabung des Schöpfwerkes für den in Frage kommenden Stadtteil große Unannehmlichkeiten entstehen können. Die verschiedene Inanspruchnahme der Maschinisten wird aber dadurch ausgeglichen, daß die Dienstwohnung für das Schöpfwerk am linken Weserufer wesentlich besser ist, außerdem ein kleiner Garten dazu gehört, in dem etwas Gemüse gezogen werden kann, während die Dienstwohnung an der Eisenbahnbrücke sehr beschränkt ist und nur einen kleinen Hofplatz als Zubehör hat.

Die Gleichstellung im Gehalt hat, abgesehen von den Billigkeitsgründen, auch den Vorteil, daß jederzeit ein Wechsel in der Stellung vorgenommen werden kann, wenn sich ein solcher im Interesse des Dienstes als zweckmäßig erweist.

Den vorstehenden Darlegungen entsprechend ist mit Genehmigung der Bau-deputation, Abtl. Straßenbau, und der Finanzkommission des Senates für den Maschinisten Diedmann das Gehalt von 1800 M. eingesetzt.

Bei dem Schöpfwerk für die Kanalisation am rechten Weserufer ist bis jetzt kein Maschinenpersonal angestellt worden, weil sich zur Zeit noch nicht übersehen läßt, in welcher Weise die endgültigen Kläranlagen mit dem zugehörigen Schöpfwerk sich gestalten werden und daher auch noch nicht zu bestimmen ist, welches Personal erforderlich wird. Soviel steht aber schon jetzt fest, daß ohne Schöpfwerk nicht auszukommen ist und daher auch für die Kanalisation der Stadt am rechten Weserufer die Anstellung eines Maschinisten zweifellos notwendig wird. Da dieser Maschinist ebenso umfangreich und ebenso verantwortlich beschäftigt ist wie der Maschinist für die Kanalisation am linken Weserufer, so ist ein gleiches Gehalt eingesetzt. Auch dieser Maschinist hat Dienstwohnung. Zur Zeit wird die Stelle des Maschinisten durch den für die Kanalisation am linken Weserufer angestellten Maschinen- und Kesselwärter Bohlmann verwaltet, der aus dem Betriebsfonds eine tägliche Zulage von 1 M. erhält.

Als Ersatz für Bohlmann wird am linken Weserufer ein in Stundenlohn stehender Maschinen- und Kesselwärter beschäftigt, dessen Lohnzahlung aus dem Betriebsfonds des Schöpfwerkes am linken Weserufer erfolgt. Es ist nunmehr sehr wünschenswert, daß die Angelegenheit geordnet wird, damit für das Schöpfwerk am linken Weserufer wieder geregelte Zustände herbeigeführt werden, indem ein öfterer Wechsel in dem dort beschäftigten Personal für die Sicherheit des Betriebes sehr nachteilig ist.

Aus vorstehenden Gründen ist ein Maschinist mit dem Gehaltsjahre von 1500—2000 M. eingestellt. Da es sich um dauernde Stellung handelt, wird Jahrgeldsberechtigung zu gewähren sein.

II. Reisen usw.

Es ist durchaus erforderlich, daß von Zeit zu Zeit die Beamten der Straßenbauverwaltung sich über die Straßen- und Kanalisationsanlagen anderer Städte unterrichten, damit auch die anderwärts gemachten Erfahrungen für Bremen nutzbar gemacht werden können. Außerdem ist es bei der großen Ausdehnung der Stadt unvermeidlich, daß trotz der ausgedehnten Straßenbahnanlagen zeitweilig Droschken oder dergl. benutzt werden; namentlich ist es dem technischen Abteilungsvorstande ganz unmöglich, ohne diese Hilfsmittel nur einigermaßen die Übersicht zu behalten. Bisher sind die Auslagen für Reisen und Fuhrwerk aus dem Unterhaltungsfonds bestritten, es scheint mir aber doch richtiger zu sein, daß für diesen Zweck ein Betrag eingesetzt wird, da damit eine bessere Übersicht über die für diesen Zweck aufgewendeten Mittel gewonnen wird.

Im allgemeinen wird es sich nur um einige hundert Mark handeln; ich empfehle jedoch, einen Betrag von 800 M. einzustellen, da möglicherweise auch Besichtigungen anderer Städte durch größere Kommissionen zweckmäßig werden können.

III. Gewöhnliche Unterhaltung.

Für die Unterhaltung der Straßen und Plätze, der Kanäle, der Brunnen, sowie der Brücken, Wege und Gräben der Bürgerweide sind dieselben Beträge wie für 1905 eingestellt.

Für die U...
einschließlich der für 1...
3000 M. Der B...
Kanalisation...
müßte Dampfma...
Benutzung gefunde...
haben ist mit Rücksi...
können nicht vermei...

Für die Kan...
Verfügung stehenden...
nicht ganz auszukom...
ich erheblich teurer...
daß ein Teil der M...
1400 M. sind etwa...
an den Diagonalen...

Es mag bei...
und die Anstreichm...
wie sie mit der Han...
sein würde, da viel...

Wenn in di...
die an der Großen...
werden können, so...
Anfang Juni d. J...
so lange Zeit in A...
in Angriff genom...

Für die al...
teile des Straßenb...
Arbeitsarbeiten ni...
Gesamtbetrag für...
eingesetzt ist.

Der für d...
1905, mit 11000...
gefunden hat. Be...
Veranschlagung der...
gradens in Ausfich...
jahre 1906 vorge...

IV. B.

Für die S...
eingesetzt, da nae...
zu betrachten sind...

Auch in d...
der Neu- und Umf...
wiederholt darauf...
eine den Anford...
glaube mich dah...
insbesondere auch...

In betre...
auf meine anst...
S. 124 u. 125...
im allgemeinen...
Sogestärke vorge...
wehtentlich in B...

Für die Unterhaltung der großen Weserbrücke sind 7000 M. eingestellt einschließlich der für 1905 bereits bewilligten, aber noch nicht zur Verwendung gekommenen 5600 M. Der Betrag ist erhöht, weil sich der Betrieb der Reinigungs- und Anstreichmaschine mittels Elektrizität wesentlich höher ergeben hat als der Betrieb mittels Dampfmaschine, die bei den Reinigungen unterhalb der Brückenfahrbahn Verwendung gefunden hat. Die Verwendung der Dampfmaschine oberhalb der Fahrbahn ist mit Rücksicht auf den Verkehr unzulässig; es lassen sich daher die höheren Kosten nicht vermeiden.

Für die Kaiserbrücke sind 1403,33 M. eingestellt, da auch hier mit den zur Verfügung stehenden Mitteln (Vergl. Verhdlg. 1903, S. 85 unter II Abs. 7) nicht ganz auszukommen sein wird, weil, wie schon erwähnt, der elektrische Betrieb sich erheblich teurer stellt als der Dampftrieb, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß ein Teil der Mehrkosten zu Gunsten des Elektrizitätswerkes ist. In den obigen 1400 M. sind etwa 500 M. für anderweitige Instandsetzungsarbeiten (Holzeinfassung an den Diagonalen usw.) enthalten.

Es mag bei dieser Gelegenheit erwähnt werden, daß das Sandstrahlgebläse und die Anstreichmaschine sich sehr gut bewähren und eine Reinigung erzielt wird, wie sie mit der Hand selbst bei Aufwendung wesentlich höherer Kosten nicht zu erreichen sein würde, da viele Stellen für Handbetrieb vollständig unzugänglich sein würden.

Wenn in diesem Jahre die Arbeiten an der Kaiserbrücke nur zum Teil und die an der Großen Weserbrücke oberhalb der Fahrbahn gar nicht haben ausgeführt werden können, so ist dieser Umstand darauf zurückzuführen, daß das Budget erst Anfang Juni d. J. festgestellt worden ist und die Beschaffung des Elektromotors usw. so lange Zeit in Anspruch nahm, daß die Arbeiten an der Brücke erst Mitte August in Angriff genommen werden konnten.

Für die alte Brücke über die kleine Weser und die übrigen, zum Geschäftsfreie des Straßenbaues gehörigen Brücken werden größere Ausbesserungs- und Instandsetzungsarbeiten nicht erforderlich, daher sind nur kleine Beträge eingesetzt. Der Gesamtbetrag für die Brücken erreicht nicht ganz den Betrag, der für 1905 eingesetzt ist.

Der für die Erneuerung der Hemmbrücke erforderliche Betrag ist, wie für 1905, mit 11000 M. wieder eingesetzt worden, da die Erneuerung noch nicht stattgefunden hat. Wegen der vorhandenen schlechten Zufuhr auf der Stadtseite ist eine Verschiebung der Brücke im Anschluß an die beabsichtigte Begradigung des Hemmgrabens in Aussicht zu nehmen, daher die Erneuerung zweckmäßig erst im Budgetjahre 1906 vorgenommen wird.

IV. Betrieb und Unterhaltung der Schöpfwerke.

Für die Schöpfwerke und die Kläranlage sind dieselben Beträge wie für 1905 eingestellt, da nach den bisherigen Betriebsergebnissen die Summen als angemessen zu betrachten sind.

D. Neu- und Umlegung von Straßen.

Auch in diesem Jahre hat nur ein kleiner Teil derjenigen Straßen, deren Pflaster der Neu- und Umlegung dringend bedürftig ist, eingestellt werden können. Ich habe schon wiederholt darauf hingewiesen, daß mit den alljährlich für diesen Zweck bewilligten Mitteln eine den Anforderungen entsprechende Pflasterung nicht erzielt werden könne, ich glaube mich daher auf die früher zu den Budgetaufstellungen erstatteten Berichte, insbesondere auch auf die Verhdlg. 1903, S. 193 unter D beziehen zu dürfen.

In betreff der zur Verwendung vorgesehenen Materialien erlaube ich mir, auf meine ausführlichen Äußerungen zum diesjährigen Budget (Verhdlg. 1905, S. 124 u. 125) zu verweisen. Ich habe darin erwähnt, daß der Stampfaspalt im allgemeinen große Nachteile biete, trotzdem ist dieser Fahrbahnelag für die Sögestraße vorgesehen, da die hervorgehobenen Bedenken für diese Straße nicht wesentlich in Betracht kommen, andererseits aber der Asphalt den Vorzug bietet,

daß er angenehmer zu begehen ist, worauf Rücksicht zu nehmen sein wird, da bei dem zeitweilig sehr lebhaften Fußgängerverkehr auch nach der Verbreiterung die Benutzung des Fahrdammes durch Fußgänger unvermeidlich sein dürfte.

Von den für Neu- und Umlegung von Straßen eingesetzten Beträgen entfallen 22 700 M. auf die 1902 angeschlossenen Gebietsteile, sodaß 446 370 M. für die älteren Stadtteile vorgeesehen sind.

Vor der Erweiterung des Stadtgebietes pflegten 330 000 M. für Neu- und Umlegungen aufgewendet zu werden und für die 1902 zur Stadt gezogenen Gebietsteile war jährlich die Aufwendung von etwa 140 000 M. vorgeesehen, sodaß danach jährlich $330\,000 + 140\,000 = 470\,000$ M. zur Verfügung zu stellen sein würden. Dieser Betrag ist aber in keinem Jahre auch nur annähernd bewilligt worden. Es empfiehlt sich nun dringend, mit den Verbesserungen in den älteren Stadtteilen in größerem Umfange vorzugehen, damit, wenn die Kanalisationsarbeiten und die Regulierungen in den 1902 angeschlossenen Stadtteilen weiter vorgeschritten sind, auch hier in größerem Maßstabe mit Verbesserungen vorgegangen werden kann, ohne die jährlichen Gesamtausgaben in unzulässigem Maße zu erhöhen.

E. Neuanlage von Straßen.

Indem ich mir erlaube, auf die den einzelnen Ansätzen hinzugefügten Bemerkungen zu verweisen, möchte ich noch hervorheben, daß die Vorschläge auf das durchaus Notwendige beschränkt sind.

(gez.) Graepel.

Einverstanden

den 16. 12. 05.

(gez.) Büding.

Anlage 11.

Budgetbericht der Baudeputation, Abteilung Wegbau.

In den Anlagen beehrt sich die unterzeichnete Deputation zu überreichen das Budget des Wegbaus für das Rechnungsjahr 1906, das Budget der Blocklander Entwässerungsanstalt für 1906 und das Budget des Torfkanals, des Waller und des Gröpelinger Fleets für 1906 mit den entsprechenden Begleitberichten der Deich- und Wegbauinspektion.

Zu den außerordentlichen Ausgaben des Wegbaus, Kanalisierung der Bürger Heerstraße 31 000 M., wird bemerkt, daß das Projekt in allernächster Zeit Senat und Bürgerschaft zur Beschlußfassung zugehen wird.

Bremen, den 18. Dezember 1905.

Die Baudeputation, Abteilung Wegbau.

(gez.) Buß.

(gez.) Achelis.

Unteranlage.

Begleitbericht der Deich- und Wegbauinspektion.

A. Wegbau.

Zu Ordentliche Einnahmen.

Die diesjährigen Beträge sind unverändert wieder eingestellt worden.

Zu Ordentliche Ausgaben.

I. Gehalte.

Nach den Beschlüssen des Senats vom 29. August und 12. September d. Js. wurde der bisherige Bauinspektor für den Wegbau, Baurat Deltjen, vom 16. September d. Js. ab zum Vorstände der Bauleitung der Unterweserkorrektion ernannt, und

unter einstweiligen Abstandnahme von einer Wiederbesetzung der Bauinspektorstelle die kommissarische Verwaltung der Geschäfte des Wegbaues dem Baumeister v. Gebhardt unter Ernennung zum kommissarischen Deichinspektor gegen Vergütung von 1000 M. p. a. übertragen. Ferner wurde beschlossen, als Unterstützung des letzteren einen Ingenieur anzustellen und den Bauaufseher Butt (der von dem Vertrauensauschuß, als der Baurat Deltjen mit den Vorarbeiten für das Wehr bei Hemelingen beauftragt wurde, unter Übernahme der Kosten der Deich- und Wegbauinspektion zur Verfügung gestellt wurde, aber zum 16. September aus dem Dienste hätte ausscheiden müssen) der Deich- und Wegbauinspektion aus dienstlichen Rücksichten zu erhalten und zum 16. September zu übernehmen.

Es empfiehlt sich diese Regelung vorläufig beizubehalten und namentlich auch Butt, der sich in die Bearbeitung von Bauanträgen und Baurevisionen sehr gut eingelebt hat, weiter zu beschäftigen, da es unmöglich ist, die eingehenden Baufragen, deren Anzahl von 626 im Jahre 1895 auf 790 im Jahre 1904 gestiegen ist und in diesem Jahre allem Anscheine nach noch erheblich höher sein wird, ohne diese Hilfskraft rechtzeitig zu erledigen. Im Budget sind daher für technische Hilfsarbeit 2160 M., Gehalt des Bauaufsehers Butt, vorgesehen.

Die vorstehend bezeichnete Vergütung für den Baumeister und das Gehalt des inzwischen angestellten Ingenieurs Beuttenmüller, die bis zum Ablauf des Budgetjahres aus dem am 16. September freigewordenen Gehalt des Bauinspektors bezahlt werden, sind aus dem eingestellten Gehalt für den Bauinspektor zu bestreiten, bis Entscheidung darüber getroffen ist, ob die Stelle wieder besetzt werden soll.

In den letzten Jahren haben die Geschäfte der Inspektion derart zugenommen, daß die Anstellung eines zweiten Schreibers durchaus erforderlich ist. Nach Ausweis der Tagebücher ist beispielsweise die Zahl der Ein- und Ausgänge von 1815 im Jahre 1895 auf 4621 im Jahre 1904 und die Zahl der Rechnungen in derselben Zeit von 1033 auf 1529 gestiegen.

II. Sachliche Ausgaben.

1) Unterhaltung der Heerstraßen, Brücken usw.

Außer der gewöhnlichen Unterhaltung des Pflasters, der Brücken, Fußwege, Baumpflanzungen, Kanäle, Gräben usw., wofür die bisherigen Beträge annähernd wieder eingestellt sind, sind folgende außergewöhnliche Arbeiten zur Unterhaltung der Heerstraßen erforderlich:

Hastedter Heerstraße.

Zur Fortführung der in diesem Jahre von km 8,95 bis 9,7 hergestellten Steinschlagbahn reicht das vorhandene und auf der anschließenden Strecke zu gewinnende Steinmaterial nicht aus. Es ist daher in Aussicht genommen, im nächsten Jahre die Strecke von km 11,0 bis 11,3 im Dorfe Tenever, wo eine andere Befestigungsart sich nicht eignet, mit Großpflaster und die Strecke von km 10,5 bis 11,0 mit Kleinpflaster zu versehen, um die dort gewonnenen Steine im Jahre 1907 für die auf der vorhergehenden Straßenstrecke herzustellende Steinschlagbahn verwenden zu können.

Für die bezeichneten Neupflasterungen sind 21 700 M. und für Umlegen des Pflasters zwischen km 6,4 und 6,5 800 M. eingestellt.

Warturmer Heerstraße.

Da keine besonderen Gründe vorliegen, die Neupflasterung im Anschluß an die in diesem Jahre ausgeführte Strecke von km 4,0 bis 4,49 fortzusetzen, und die Gemeinde Guchting den Wunsch hat, daß zunächst die Strecke zwischen dem

Bahnhof und der Abzweigung der Kirchhuchtinger Landstraße, km 5,56 bis 6,1 mit Kleinpflaster versehen werde, ist diese für das nächste Jahr in Aussicht genommen. Die Kosten sind auf 17 000 M. veranschlagt.

Schwachhauser Heerstraße.

Das Pflaster bedarf von km 5,05 bis 5,12 der Neulegung und von km 4,55 bis 4,715 der Umlegung. Für die Neulegung ist die Verwendung von Pflastersteinen aus Granit oder ähnlichem Material angenommen, weil minder harte Steine den Anforderungen des dortigen Verkehrs nicht genügen. Für die Neulegung sind 1100 M. und für die Umlegung 1000 M. eingestellt.

Borgfelder Heerstraße.

Die Kosten der im nächsten Jahre mit Kleinpflaster zu versehenen Strecke von km 9,3 bis 9,925 sind auf 15 400 M. veranschlagt. Davon sind aber nur 7400 M. eingestellt, weil das Material zum größten Teil aus dem für dieses Jahr bewilligten Fonds bezahlt werden kann, und die Neupflasterung damit beendet sein wird, im nächsten Jahre also kein Material mehr zu beschaffen ist.

Burger Heerstraße.

Der an einigen Stellen mit kleinen Findlingen gepflasterte Nebenweg wird, seitdem die Straßenbahn nach Burg verlängert ist, oft von schwerem Fuhrwerk zum Ausweichen benutzt, weil an dieser Seite mehr Platz vorhanden ist. Dieses Findlingspflaster kann aber schwer beladene Wagen nicht tragen, so daß ein Durchbrechen ihrer Räder schon öfter vorgekommen ist. Es wird daher empfohlen, das vorhandene Pflaster durch solches aus Pflastersteinen dritter Sorte zu ersetzen und dafür 4400 M. einzustellen.

2. Allgemeine Verwaltung.

Außergewöhnliche Ausgaben stehen nicht in Aussicht. Der eingestellte Betrag von 785 M. hat daher annähernd die gleiche Höhe wie in den letzten Jahren.

3. Dienstkleidung.

Zu beschaffen sind für die Bauaufseher 3 Mützen und für die Wegaufseher 1 Regenmantel und 2 Mützen und dafür einzustellen 70 M.

4. Unterhaltung des Grenzgrabens zwischen Borgfeld und Heidberg/Seebergen.

Da im Jahre 1906 eine Schäumung des Grabens nicht stattfindet, genügt es, für etwa erforderliche kleinere Unterhaltungsarbeiten 100 M. vorzusehen.

Zu Außerordentliche Ausgaben.

1. Verbreiterung der Burger Heerstraße.

Für die Fortsetzung der in diesem Jahre begonnenen Verbreiterung des Fußweges sind 3000 M. eingestellt.

2. Kanalisierung der Burger Heerstraße von km 7,32 bei der Stadtgrenze bis km 8,39.

Durch die vielen, namentlich in der Nähe der Stadtgrenze in den letzten Jahren ausgeführten Bauten ist die Entwässerung der Heerstraße so mangelhaft

geworden, daß ihre
entwässerungsgraben
Die auf 31
Beschluss der Baud
nachdem ein Projekt
vergelegt wird.

Einverstand
den 12./12. 05.

(gez.)

Die Einnah

Außer den
haltungsarbeiten, ist
1100 M. betragen

Da die Mi
bewilligt sind und
sein werden, sind
zu unterhaltenden

Im nächste
vom Böschplatz bis
geführten Beilung
die nötige Wassertie
Außer den
200 M. für die ger

Gelesen,
den 8./12. 05.

(gez.)

Die vertrags
15 552 M. Dieser
Betriebsjahre 1904
stehenden Mehrausga
20 000 M.

geworden, daß ihre Kanalisierung von der Stadtgrenze bis zum Oslebshauser Hauptentwässerungsgraben dringend notwendig ist.

Die auf 31 000 M. veranschlagten Kosten dieser Kanalanlage sind gemäß Beschluß der Baudeputation vom 13. November d. Js. in das Budget eingestellt, nachdem ein Projekt ausgearbeitet worden ist, das in einem besonderen Bericht vorgelegt wird.

(gez.) **F. v. Gebhardt.**

Einverstanden

den 12./12. 05.

(gez.) **Büding.**

B. Torfkanal, Waller und Gröpelinger Fleet.

Zu Ordentliche Einnahmen.

Die Einnahmen sind wie für dieses Jahr mit 440 M. in Ansatz gebracht.

Zu Ordentliche Ausgaben.

I. Torfkanal.

Außer den gewöhnlichen, wie bisher auf 950 M. veranschlagten Unterhaltungsarbeiten, ist die Erneuerung des Bollwerks am Kanal, deren Kosten etwa 1100 M. betragen werden, erforderlich.

II. Waller Fleet.

Da die Mittel zu einer gründlichen Reinigung des Fleets für dieses Jahr bewilligt sind und die Arbeiten voraussichtlich vor Ende des Budgetjahres beendet sein werden, sind nur 100 M. für die gewöhnliche Unterhaltung der vom Staate zu unterhaltenden Fleetstrecken vorzusehen.

III. Gröpelinger Fleet.

Im nächsten Jahre ist eine gründliche Reinigung des Fleets auf der Strecke vom Löschplatz bis zum Maschinensfleet erforderlich, weil es nach einer kürzlich ausgeführten Beilung dort stark verschlammmt ist und bei niedrigen Wasserständen nicht die nötige Wassertiefe für die Schifffahrt hat.

Außer den auf 2500 M. veranschlagten Kosten für diese Reinigung sind 200 M. für die gewöhnliche Unterhaltung, im ganzen also 2700 M. eingestellt.

(gez.) **F. v. Gebhardt.**

Gelesen,
den 8./12. 05.

(gez.) **Büding.**

C. Blocklander Entwässerung.

Zu Ordentliche Einnahmen.

Die vertragsmäßige Leistung des Blocklander Abwässerungsverbandes beträgt 15 552 M. Dieser Summe sind gemäß 1 a des Vertrages hinzugesetzt die im Betriebsjahre 1904 (vom 1. November 1903 bis zum 31. Oktober 1904) entstandenen Mehrausgaben an Betriebskosten gegenüber dem festgesetzten Betrage von 20 000 M.

Die Betriebskosten haben in dem angegebenen Jahre 21 830,03 M. betragen. Mithin hat der Verband am 1. November des nächsten Jahres zu zahlen:

$$15 552 + 21 830,03 - 20 000 = 17 382,03 \text{ M.}$$

Zu Ordentliche Ausgaben.

I. Gehalte und Löhne.

Für Hilfspersonal sind mit Rücksicht darauf, daß der Feldwasserstand laut Beschluß des Abwässerungsverbandes vom 19. August 1905, dem die Baudeputation, Abteilung Wegbau, zugestimmt hat, in Zukunft um 10 bis 15 cm niedriger gehalten werden soll als bisher und infolgedessen häufiger mit Nachtbetrieb zu arbeiten sein wird, 500 M. mehr, im ganzen also 3500 M. eingestellt.

II. Sachliche Ausgaben.

Der Kohlenverbrauch ist zu 550 Tonnen, also um 50 Tonnen höher als in den Vorjahren angenommen, weil der Feldwasserstand niedriger zu halten ist. Im übrigen kommen keine Änderungen vor. Für die Unterhaltung der Baulichkeiten usw. sind wieder 3000 M. eingestellt, weil im nächsten Jahre umfangreiche Baggerungen zur Beseitigung des Schlammes, der sich im Innenbassin abgelagert hat, stattfinden müssen.

(gez.) **F. v. Gebhardt.**

Gelesen,
den 8./12. 05.

(gez.) **Büding.**

Anlage 12.

Budgetbericht der Baudeputation, Abteilung Wasserbau.

Die Baudeputation, Abteilung Wasserbau, überreicht der Finanzdeputation hierneben das von ihr für das Jahr 1906 aufgestellte Budget in doppelter Ausfertigung; sie bezieht sich dabei zur näheren Begründung auf den anliegenden Bericht der Wasserbauinspektion.

Bremen, den 29. Dezember 1905.

Die Baudeputation, Abteilung Wasserbau.

(gez.) **Wessels.** (gez.) **Grimmenstein.**

Unteranlage.

Begleitbericht der Wasserbauinspektion.

Zu den Anlagen überreichte ich ergebenst den Entwurf der Budgets der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben des Wasserbaues für das Rechnungsjahr 1906 nebst einem Verzeichnis der jahrgeldberechtigten Angestellten mit folgendem Bericht.

A. Ordentliche Einnahmen.

Pos. 2. Erlös aus verkauftem Sand.

Um eine klare Übersicht über die wirklichen Einnahmen des Wasserbaues zu gewinnen, ist im vorliegenden Budget abweichend von der bisherigen Aufstellung unter Position 2 nur der Erlös aus verkauftem Sand, der auf Grund der Einnahmen der beiden Vorjahre auf rund 60 000 M. bemessen ist, eingestellt worden; dahingegen ist die in den Vorjahren bei Position 2 mit zugezogene Einnahme für die auf Rechnung von Privaten oder anderen Behörden ausgeführten Arbeiten ganz unberücksichtigt gelassen, weil sie nur den Ersatz der Kosten bildet, die von der Position 1 g des Ausgabebudgets „Arbeiten usw. für Private“ bestritten wurden und die künftig zutreffend als abzuführende Einnahme bei der betreffenden Ausgabe-Position zu behandeln sind.

Pos. 1a. Hilfs-
Betriebskosten

Der seit dem
nicht wegen der weiteren

1901
1902
1903
1904

Die den Anstalt
ausgegeben bei den mit
vorher. Um den Anstalt
jährlicher 20 000 M. je

Von dem bisher
an die in den letzten
des Jahres 20 000
unabhängig von
Anstalt für den Anstalt
Rechenplan, unterhalten
Zurücklegen nach den
+ 14 000 = 35 700
vor den ersten beiden
einigen (vergl. Bericht
Verantwortung nicht mit
Geldern aufgebracht
werden sind, beträgt sich
= 20 000 M.; sie deckt
weil der volle früheren

Pos. 1c. Unterhal-

Zu dem Betrage
für das erforderliche Do-
kumen und Rechen (75
4 500 M. stellt.

Pos. 1d. Unterha-

Die bisher einge-
schickten schon seit m

1900
1901
1902
1903
1904

B. Ordentliche Ausgaben.

Sachliche Ausgaben.

Pos. 1a. Hilfspersonal der Bagger und Dampfer während der Betriebszeit sowie Besatzung von 4 Elevatoren.

Der seit dem Jahre 1901 von 14 400 auf 20 000 M. erhöhte Einsatz reicht wegen der weiter gestiegenen Arbeitslöhne nicht aus; es wurden ausgegeben:

1901	M.	23 868
1902	"	27 131
1903	"	27 843
1904	"	24 644
	M.	103 486

Mittel aus 4 Jahren... M. 25 872

Die den Anschlag überschreitende Mehrausgabe ist stets durch die Minderungen bei den mit der Pos. 1a übertragbaren Positionen des Budgets gedeckt worden. Um den Anschlag mit den Ausgaben in Einklang zu bringen, sind statt früherer 20 000 M. jetzt 26 000 M. eingestellt.

Pos. 1b. Baggerarbeit.

Von dem bisher eingestellten Betrage von 160 000 M. sind mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren geringer gewordenen Baggerungen zur Erhaltung des Fahrwassers 20 000 M. abgesetzt; dahingegen kommen hinzu die bisher unrichtiger Weise von der Position 1g „Arbeiten usw. für Private“ bestrittenen Kosten für das Aufbringen von Baggerland auf die Sandlagerplätze am Werderdamm, unterhalb Korff's Petroleum-Raffinerie und vor Boltmershausen. Dieselben haben nach den Erfahrungen der Vorjahre durchschnittlich $(8870 + 12 900 + 14 000) = 35 770$ M. betragen; sie werden sich infolge der im Jahre 1905 vor den ersten beiden Plätzen hergestellten Spundwände um etwa 15 770 M. verringern (vergl. Berhdlg. 1905, S. 132, Absatz 3). Da der Sandlagerplatz am Peterswerder nicht in Frage kommt, weil die Kosten des dort durch einen Elevator aufgebrachten Baggerlandes schon stets auf die Position 1b verrechnet worden sind, beziffert sich die mehr einzustellende Summe auf $(35 770 - 15 770) = 20 000$ M.; sie deckt sich mit dem vorbezeichneten Minderbedarf von 20 000 M., weshalb der volle frühere Betrag von 160 000 M. wiederum im Budget erscheint.

Pos. 1c. Unterhaltung der Bagger, Dampfer und Elevatoren.

Zu dem Betrage von 55 000 M. für die gewöhnliche Unterhaltung kommen für das erforderliche Docken der Bagger Nr. 3, 4 und 6 sowie der Schleppdampfer Bremen und Lesum $(750 + 600) = 1350$ M., wonach Position 1c sich auf 56 350 M. stellt.

Pos. 1d. Unterhaltung für 42 Baggerchiffe, 33 Schuten usw.

Die bisher eingestellte Summe von 15 000 M. hat infolge der gestiegenen Arbeitslöhne schon seit mehreren Jahren nicht ausgereicht; es wurden ausgegeben:

1900	M.	18 677
1901	"	14 850
1902	"	18 088
1903	"	18 388
1904	"	18 520
	M.	88 523

Mittel aus 5 Jahren... M. 17 705

Die den Anschlag überschreitende Mehrausgabe wurde, wie bei Position 1 a, durch die Minderausgaben bei den mit der Position 1 d übertragbaren Positionen des Budgets gedeckt. Um auch hier den Anschlag mit den Ausgaben in Einklang zu bringen, ist der bisherige Ansat von 15 000 M. auf 18 000 M. erhöht worden.

Die frühere Position 1 g, Arbeiten usw. für Private, fällt auf Grund der Ausführungen zu Position 2 des Einnahmehudgets und zu Position 1 b des Ausgabebudgets jetzt fort.

Pos. 4. Aufseisen.

Zu dem gewöhnlichen Betrage von 20 000 M. kommen 1200 M. für das erforderliche Docken der drei Eisbrechdampfer, 2600 M. für größere Reparaturen an den Maschinen und 4200 M. für die Beschaffung von Reserveteilen zu letzteren. Die Position 4 stellt sich danach auf $(20\,000 + 1\,200 + 2\,600 + 4\,200) = 28\,000$ M.

Die Gesamtsumme des Ausgabebudgets beträgt 611 440 M. gegen 638 950 M. im Vorjahre.

Bremen, den 8. Dezember 1905.

(gez.) **Sinzig.**

Gelesen

den 9./12. 05.

(gez.) **Büding.**

Anlage 13.

Budgetbericht der Deputation für Häfen und Eisenbahnen.

Häfen und Eisenbahnen nebst Zoll.

Allgemeine Verwaltung.

II. Sachliche Ausgaben. Die Bureaufkosten haben sich dadurch verringert, daß die bisher für die Bureauräume im Börse- und Nebengebäude zu zahlende Miete in Fortfall gekommen ist. Dagegen sind die Kosten für Heizung, Beleuchtung, Bureaureinigung u. s. w. höher als bisher; außerdem sind noch mehrere fehlende Inventarstücke anzuschaffen.

Häfen und Eisenbahnen in der Stadt, ausschließlich des Zollauschlußgebiets und des Holz- und Fabrikenhafens.

Einnahmen. Pos. 3 a konnte, da die sämtlichen neuen Lagerplätze an der Südwestseite des Hohentorshafen und der Ladestraße nunmehr vermietet sind, entsprechend höher eingestellt werden.

Pos. 4 a. In Anbetracht des gesteigerten Verkehrs im Hohentorshafen sind gegen das Vorjahr 1000 M. mehr angelegt worden.

Pos. 5. Da der wirkliche Zinsertrag nunmehr feststeht, nämlich 8270,65 M., sind rund 8300 M. in Anschlag gebracht worden.

Pos. 6. Die Löschbrücke ist am 1. Juli 1905 den Platzmieter zur Benutzung übergeben worden. Die Herstellungskosten haben 65 692 M. betragen, der Zinsertrag (3%) beträgt demnach rund 2000 M.

Pos. 10. Infolge des gesteigerten Verkehrs am Weserbahnhofe konnte der Ansat um 20 000 M. gegenüber dem vorjährigen Voranschlag erhöht werden.

Ausgabe
I. Weserba
8500 M. gegen 100
7500 M. sind für
Pos. 2. Z
Betriebe auch die Un
veranschlagt die Koste
II. Anlagen
und auf dem Dre
mäßig auf 26 000
Bahnhof Bremen-Neu
Eisenbahnverwaltung
sind vom 1. Novemb
veranschlagt worden. E
vorausichtlich erforder
die Abfertigung der
1600 M. auf 2500
Unterhaltung der Br

II. Arbeits
20 000 M. ist die
annähernd der gleich
den in der Ausfüh
Betrieb bedeutende G
VIII. Feuer
Nach einer Mitteilung
räume gegen 4000

Zoll
Ei
Pos. 1 und 2
Zollauschlußgebiets
Pos. 3. Hier
Kontenbuch für ein
Pos. 8. Die
anlage im Hafen I ist
4000 M. ermäßigt w
Pos. 9 a und
verrechneten Beträge

Allgemeine
abien betrug in den
1895/96
170 141
1900
274 553
Der Gesamtver
gegen 3127 M. im
verkehr, der im Rech

Ausgaben. B. Eisenbahnanlagen in der Stadt.

I. Weferbahn und Weferbahnhof. Pos. 1. Die Kosten sind mit 8500 M., gegen 1000 M. im Vorjahre, eingesetzt worden. Die Mehrkosten von 7500 M. sind für den notwendigen Umbau beider Gleise der Weferbahn erforderlich.

Pos. 2. Die Königlich Preussische Eisenbahnverwaltung, die neben dem Betriebe auch die Unterhaltung der Gleise auf dem Weferbahnhof zu besorgen hat, veranschlagt die Kosten für letztere zu 16 500 M.

II. Anlagen und Lagerplätze am Bahnhof Bremen-Neustadt und auf dem Dreieck. Pos. 2c mußte gegenüber dem Vorjahre um 5300 M., mithin auf 26 000 M., erhöht werden. Als Entschädigung für das Rangieren auf Bahnhof Bremen-Neustadt und den Lagerplätzen daselbst durch die oldenburgische Eisenbahnverwaltung waren im Vorjahre 15 700 M. eingesetzt worden. Tatsächlich sind vom 1. November 1904 bis 31. Oktober 1905 im ganzen 19 916 Achsen rangiert worden. Es sind deshalb für 190 621 000 Achsen à 1 M. = 21 000 M. voraussichtlich erforderlich. Gleicherweise mußte der Betrag für den Empfang und die Abfertigung der für die Bremer Lagerhausgesellschaft bestimmten Wagen von 1600 M. auf 2500 M. erhöht werden. Demgegenüber kann der Betrag für die Unterhaltung der Brücke über den Hafentopf u. s. w. um 900 M. verringert werden.

(gez.) Einzig.

D. Betrieb am Weferbahnhof.

II. Arbeitslohn. Trotz der Erhöhung des Einnahmean schlags um 20 000 M. ist die hiermit in Verbindung stehende Ausgabe an Arbeitslohn nur in annähernd der gleichen Höhe wie im Vorjahre wieder eingesetzt worden, da durch den in der Ausführung begriffenen Umbau des Handkrans Nr. 3 für elektrischen Betrieb bedeutende Ersparnisse an Arbeitskräften in Aussicht stehen.

VIII. Feuerversicherung der Anlagen des Weferbahnhofs. Nach einer Mitteilung des Versicherers werden für 1906 5000 M. Versicherungsprämie gegen 4000 M. im Vorjahre erforderlich sein.

Zollauschlußgebiet und Holz- und Fabrikenhafen.

Einnahmen. II. Betriebseinnahmen.

Pos. 1 und 2. Infolge des stetig zunehmenden Verkehrs im Hafen des Zollauschlußgebiets konnten diese Positionen entsprechend höher eingesetzt werden.

Pos. 3. Hier ist die von den Bremen-Besigheimer Ölfabriken zu zahlende Rentenschuld für ein in Erbbaurecht genommenes Gelände mit eingestellt worden.

Pos. 8. Die Miete der Aktiengesellschaft Wefer für die Schwimmdockanlage im Hafen I ist infolge einer Verkleinerung des Platzes von 4600 M. auf 4000 M. ermäßigt worden.

Pos. 9 a und b, 11 a, b und c sind nach den im Vorjahre tatsächlich vereinnahmten Beträgen eingeschätzt worden.

Ausgaben. B. Eisenbahnbetrieb.

Allgemeines. Die Anzahl der im Ein- und Ausgang bewegten Wagenachsen betrug in den letzten zehn Rechnungsjahren

1895/96	1896/97	1897/98	1898	1899
170 141	208 192	240 569	254 966	269 482
1900	1901	1902	1903	1904
274 553	271 033	301 197	304 324	329 973

Der Gesamtverkehr hat mithin eine Zunahme von 25 649 Achsen erfahren, gegen 3127 Achsen im Rechnungsjahre 1903. Der eigentliche Zollauschlußgebietsverkehr, der im Rechnungsjahre 1903 183 799 Achsen betrug, stieg im letzten

Jahre auf 194 680 Achsen, die Zunahme stellt sich mithin auf 10 881 Achsen. Der Verkehr nach den Anschlüssen bezifferte sich auf 23 610 Achsen gegen 21 443 im Jahre vorher, erfuhr demnach eine Zunahme von 2167 Achsen. Der Verkehr nach dem Holz- und Fabrikenhafen und dessen Anschlüsse stieg um 12 115 Achsen, er betrug im Jahre 1904 103 745 Achsen gegen 91 630 Achsen im Rechnungsjahre 1903. Nach dem Hafen II verkehrten 7938 Achsen, im Vorjahre 7452, mithin 1904 486 Achsen mehr.

I. Gehalte und Löhne. Durch die telegraphische und telephonische Verbindung der Station im Zollanschlußgebiet mit den Stellwerken am Doventor und am Stephanitor, sowie mit dem Rangierberg und der Güterstation am Hauptbahnhofe hat die Stellung des Hülfsstelegraphisten wesentlich an Bedeutung gewonnen, es wird deshalb beantragt, diese durch die Erweiterung des Zugmeldeverfahrens wichtig gewordene Stelle in eine ruhegehaltsberechtigte Telegraphistenstelle mit einem Gehaltsfaze von 1600—2100 M., 5 Zulagen zu 100 M., umzuwandeln, jedoch die Stelle eines Hülfsstelegraphisten für den Nachtbetrieb mit einem Gehaltsfaze von 1200 M. bestehen, dafür aber die Stelle eines Wagenmotierers (bisheriges Gehalt 1092 M.), der den Hülfsstelegraphisten bisher abgelöst hat, eingehen zu lassen.

Der jetzt vorhandene technische Hülfswagenmeister wird schon seit langer Zeit voll ausgenutzt und steht häufig dem preussischen Wagenmeister bei der Übergabe der Züge allein gegenüber. Es ist erforderlich, daß bei der Feststellung etwaiger Schäden an Eisenbahnwagen der diesseitige Wagenmeister zur Wahrung der Autorität dieselbe Stellung einnimmt, wie der preussische Beamte. Es wird daher beantragt, die Hülfswagenmeisterstelle in eine ruhegehaltsberechtigte Wagenmeisterstelle mit dem Gehaltsfaze von 1450 bis 2050 M. umzuwandeln.

Die Zunahme des Eisenbahnverkehrs und insbesondere die durch die bevorstehende Eröffnung des Hafens II bedingte Erweiterung des Rangierbetriebes erfordern die Einstellung eines weiteren Lokomotivführers und eines weiteren Heizers. Aus denselben Gründen müssen die ruhegehaltsberechtigten Weichenstellerposten zunächst um 4 Stellen vermehrt werden. Hiermit wird zunächst auszukommen sein. Ob die Größe des Verkehrs am Hafen II in den nächsten Jahren weiteres Personal erfordern wird, muß die Erfahrung lehren, es müssen deshalb weitere Anträge vorbehalten bleiben.

Hülfspersonal und Sonstiges. Die Unterposition „Dienstkleidung, Funktionszulagen, ärztliches Honorar und Verschiedenes“ ist zunächst um die Funktionszulagen für die neu eingestellte Führer- und Heizerstelle, mithin um 600 M. zu erhöhen, da die sämtlichen festangestellten Heizer als Führer fahren und daher die Funktionszulage der Führer erhalten. Sodann ist zu dieser Unterposition folgendes zu bemerken: Das Rangierpersonal im Zollanschlußgebiet hat den Wunsch nach einer Erleichterung des Dienstes ausgesprochen. Nach den in dieser Angelegenheit von der Bauinspektion für Zollanschlußgebiet und Holzhafen angestellten Nachforschungen bei der preussischen Staatsbahn, auf die sich die Rangierer berufen, sind allerdings die diesseitigen Angestellten ungünstiger gestellt als die preussischen. Bei der Staatsbahn folgt für die Rangierer nach je zwei aufeinander folgenden Tag- und Nachtschichten ein freier Tag, für das diesseitige Personal erst auf sieben Nacht- bzw. Tagsschichten ein freier Tag (Sonntag). Das Maschinenpersonal der Staatsbahn hat in der Regel nur drei Nachtschichten, statt wie hier sieben Nachtschichten, hintereinander zu leisten, auch ist die wöchentliche Dienstzeit bei der Staatsbahn um etwa drei bis vier Stunden kürzer als bei dem diesseitigen Personal. Es wird deshalb beabsichtigt, eine Erleichterung in der Weise eintreten zu lassen, daß durch heranzuziehendes weiteres Hülfspersonal dem Rangierpersonal wöchentlich in der Tagesschicht zwei freie Nachmittage gewährt und von den Nachtschichten zwei auf fünfeinhalb Stunden gekürzt werden. Für das Rangiermaschinenpersonal sollen die aufeinanderfolgenden sieben Nachtschichten durch Einschaltung eines freien Tages von 24 Stunden in zwei Teile geteilt werden, so daß nur drei

oder vier Nachtschichten betragen unter 8611 M. Die Position 261 Dementipre...

II. S. vom Speidier daß eine Anschaffungskosten die Auswecheln Überwegen betragen, so Gleisanlagen Hof. Weichen und

I. G. ist die Stelle Anfangsgehalt eingestellt wo Mit

und der zu Hafeninspektor der sich inw bisher bezogen ohne Aufhebel Ladungs, Durchschnitt d beantragt, sei Hafeninspektor normieren un zeit als Hafen regelung wür in Kraft zu

Info weiteren Sch dieser Betra von 600 M

Die um 2 Stel 4 Stellen

Die hinzutommer

II. im Gebrauch werden muß

Als das Unter- eine sicherere

Die für Schiffe sind mit 150

oder vier Nachtschichten aufeinander folgen. Die hierdurch entstehenden Mehrkosten betragen unter Zugrundelegung eines Tagelohnsatzes von 3,35 M. für das Jahr 8611 M. Hiervon sind aber für Hilfsrangierpersonal im Budget unter dieser Position 2610 M. bereits vorgesehen, so daß noch rund 6000 M. einzustellen sind. Dementsprechend ist dieser Posten um $600 + 6000 \text{ M.} = 6600 \text{ M.}$ erhöht worden.

II. Sachliche Ausgaben. Pof. 2. Die einfachen Weichen Nr. 64 südlich vom Speicher II, sowie Nr. 71 und 73 beim Speicher IIIa sind derart abgenutzt, daß eine Auswechslung im nächsten Jahre erforderlich ist, es sind deshalb die Beschaffungskosten mit $3 \times 1600 \text{ M.} = 4800 \text{ M.}$ eingestellt worden. Desgleichen ist die Auswechslung des Schwellenschienengleises im Haupt- und Umfahrgleis in den Überwegen bei der Maschinenmeisterwohnung erforderlich, wofür die Kosten 2736 M. betragen, so daß zu dem bisherigen Betrage von 5000 M. für die Unterhaltung der Gleisanlagen zc. rund 7540 M. hinzutreten.

Pof. 3 b ist wegen der vermehrten Ausgabe für die Beleuchtung der Gleise, Weichen und Signale am Hafen II versuchsweise um 2700 M. erhöht worden.

C. Hafenbetrieb.

I. Gehalte und Löhne: Mit Rücksicht auf die Eröffnung des Hafens II ist die Stelle eines 2. Hafenmeistergehilfen erforderlich. Die Stelle ist bei einem Anfangsgehalt von 2200 M. für 7 Monate mit rund 1300 M. in das Budget eingestellt worden. Für die neue Stelle wird die Ruhegehaltsberechtigung beantragt.

Mit der im nächsten Rechnungsjahre bevorstehenden Eröffnung des Hafens II und der zu erwartenden Steigerung des Schiffsverkehrs erscheint es geboten, die Hafeninspektorenstelle, deren Einrichtung im Jahre 1900 bekanntlich ein Versuch war, der sich inzwischen bewährt hat, anderweitig zu gestalten. Der Hafeninspektor hat bisher bezogen ein Gehalt von 2000—3000 M. (2 Zulagen zu 500 M.) und war ohne Ruhegehalts- und Jahrgeldsberechtigung. Seine Nebeneinnahmen als Lufen-, Ladungs-, Schiffs- und Proviantbesichtiger und aus Gutachten zc. haben — im Durchschnitt der letzten 4 Jahre gerechnet — jährlich 2900 M. betragen. Es wird beantragt, sein Gehalt unter Fortfall der Nebeneinnahmen gleich demjenigen des Hafeninspektors in Bremerhaven auf 3500—5000 M. (5 Zulagen zu 300 M.) zu normieren und ihm die Ruhegehaltsberechtigung zu gewähren. Die bisherige Dienstzeit als Hafeninspektor wird dem Inhaber der Stelle anzurechnen sein. Die Neuregelung würde mit dem Zeitpunkte der Eröffnung des Hafens II, dem 1. Oktober 1906, in Kraft zu treten haben.

Infolge der zunehmenden Geschäfte des Hafenbureaus ist die Einstellung eines weiteren Schreibers mit einem Gehaltsfusse von 1200 M. erforderlich, es ist deshalb dieser Betrag in das Budget eingestellt worden, dafür aber die bisherige Summe von 600 M. für eine Schreibhülfskraft gestrichen.

Die Molenwärterstellen sind mit Rücksicht auf die Eröffnung des Hafens II um 2 Stellen und die Hafenwächterstellen aus demselben Grunde zunächst um 4 Stellen zu vermehren.

Die Unterposition „Dienstkleidung, ärztliches Honorar zc.“ ist wegen des hinzukommenden Personals versuchsweise um 500 M. erhöht worden.

II. Sachliche Ausgaben. Pof. 2. Das an der Südmole des Hafens I im Gebrauch befindliche Boot ist derart abgenutzt, daß es durch ein neues ersetzt werden muß, es sind hierfür 350 M. erforderlich.

Als Beitrag zu den Unterhaltungskosten des Tonnen- und Bakenamts für das Unter- und das Oberfeuer am linken Ufer der Weser bei Lantenau, durch die eine sicherere Einfahrt in den Hafen I erzielt wird, sind 250 M. vorgesehen.

Die Kosten für eine seitens der Postverwaltung anzulegende Ferndruckeranlage für Schiffsmeldungen, die zur Erleichterung des Schiffsmelddienstes erforderlich ist, sind mit 150 M. eingesetzt worden.

Pos. 3. Die im vorigen Jahre eingestellte Summe von 5000 M. für Steigeleitern ist in diesem Jahre nicht erforderlich, während durch die Erhöhung der Handwerkerlöhne um 2 S. für die Stunde eine Mehrausgabe von etwa 300 M. entsteht, die der Summe von 12 000 M., für die gewöhnliche Unterhaltung des Hafens I, hinzuzusetzen ist.

Für die Unterhaltung des Hafens II, nach der Inbetriebnahme desselben am 1. Oktober 1906, sind 2000 M. zunächst versuchsweise eingestellt worden, da eine genaue Bestimmung der Höhe dieser Kosten nicht möglich ist.

D. Verwaltungsgebäude.

I. Gehalte und Löhne. Für das am 1. Oktober 1906 zu beziehende Verwaltungsgebäude am Hafen II ist die Stelle eines Hauswarts und eines ständigen Heizers eingestellt und zwar mit denselben Gehaltsätzen wie für das Verwaltungsgebäude am Hafen I. Für das Rechnungsjahr 1906 kommt nur $\frac{1}{2}$ Jahr in Anrechnung.

II. Sachliche Ausgaben. Die Beträge für das Verwaltungsgebäude am Hafen II konnten nur annähernd geschätzt werden und sind versuchsweise eingestellt.

E. Verschiedenes.

II. Hafen II. Sämtliche Beträge sind nur versuchsweise eingeschätzt worden.

Häfen in Bremerhaven.

Einnahmen. Pos. 1a konnte um 15 000 M. höher eingesetzt werden, da nach dem Ertrag der letzten 12 Monate zu erwarten ist, daß die Einnahme von fremden Dampfern mindestens 102 000 M. und von Dampfern des Norddeutschen Lloyd 698 000 M., zusammen 800 000 M. beträgt.

Pos. 1b konnte, entsprechend der Einnahme der letzten 12 Monate, von 76 000 M. auf 80 000 M. erhöht werden.

Pos. 2 und 3 konnten aus dem gleichen Grunde wie vorstehend von 3200 M. auf 4000 M. und von 35 000 M. auf 38 000 M. erhöht werden.

Pos. 6 mußte um 500 M. niedriger eingesetzt werden infolge des Verkaufs von Anbauplätzen, die bisher verpachtet waren.

Pos. 8 erscheint wie im Vorjahre mit 14 000 M. Die hohen Einnahmen der letzten 12 Monate kommen nicht in Betracht, da in dieser Einnahme die außergewöhnlich hohe Miete von 12 050 M. für den Baumwollschuppen Nr. 9, die jetzt nur 9000 M. beträgt, enthalten ist.

Pos. 9 mußte mit Rücksicht auf die Einnahme der letzten 12 Monate von 6000 M. auf 5000 M. ermäßigt werden.

Pos. 12. Die Produktionskosten des städtischen Gases sind in letzter Zeit zurückgegangen, so daß nicht ausgeschlossen ist, daß der Stadtrat den Antrag auf Ermäßigung des Verkaufspreises stellen wird, es ist daher ohne Rücksicht auf die erhöhte Einnahme der letzten 12 Monate der bisherige Ansatz beibehalten worden.

Pos. 17 „Verschiedenes“ ist im Budget für 1905 neu aufgenommen worden, die unter „Letzte 12 Monate“ aufgeführte Einnahme bezieht sich daher auf nur 7 Monate.

Ausgaben. A. Allgemeine Verwaltung.

I. Gehalte. Neu eingestellt ist das Gehalt des Bauleiters der Hafenerweiterung, Bauinspektor Claussen, mit 6500 M. Dieser Betrag wird am Schlusse des Rechnungsjahres von dem neuen Hafenerweiterungsfonds zurückerstattet.

Der bisherige Betriebsassistent Weiß ist am 30. November 1905 wegen erlittenen Unfalls in den Ruhestand getreten, es ist daher das Anfangsgehalt der Stelle wieder wie bisher eingestellt worden.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 1. Unter dieser Position werden die Löhne für 2 gegen Tagelohn beschäftigte Schreiber und für 1 Telephonwärter, die einen Tagelohn von 3,75 M. + 3,75 M. + 3,— M. beziehen, gebucht. Um den Tagelohn der Schreiber aufbessern zu können und um es zu ermöglichen, daß bei etwa vorkommenden Erkrankungen der angestellten Schreiber Hilfskräfte herangezogen werden, ist der Ansat von 4000 M. auf 4500 M. erhöht worden.

Pos. 2 mußte gleichfalls um 500 M. erhöht werden, da die für das laufende Rechnungsjahr zur Verfügung stehenden Mittel kaum ausreichen werden.

Pos. 4. Infolge Hinzukommens der Versicherung für die demnächst fertig gestellte Eisenbahn-Fischverandahalle, und da eine Höherversicherung der mit Feuerlöschleinrichtungen versehenen Dampfsprähme I, II und III beabsichtigt wird, ist diese Position von 11 000 M. auf 12 000 M. erhöht worden.

B. Hafenbetrieb.

I. Gehalte. Pos. 2. Unter Bezug auf den Antrag wegen anderweitiger Regelung der Amtsverhältnisse des Hafeninspektors in Bremen (zum Spezialbudget „Zollausflußgebiet und Holz- und Fabrikenhafen“ — Pos. C I) wird beantragt, auch dem Hafeninspektor in Bremerhaven die Ruhegehaltsberechtigung zu gewähren, und zwar von dem gleichen Zeitpunkte an, zu dem der Hafeninspektor in Bremen sie erhält, also vom 1. Oktober 1906 an, unter Anrechnung seiner bisherigen Dienstzeit.

Pos. 5. Für die Bedienung der maschinellen Einrichtungen der großen Kaiserichleuse sind bei ununterbrochenem Tag- und Nachtbetrieb 4 Maschinenwärter erforderlich. Von diesem Personal sind 2 Maschinenwärter (Lehberger und Kohns) mit Jahrgeldsberechtigung angestellt, während 2 Hilfswärter in Tagelohn beschäftigt werden. Die Dienstfunktionen der 4 Wärter sind gleich, es empfiehlt sich daher, die beiden Hilfswärterstellen in jahrgeldsberechtigte Wärterstellen umzuwandeln. Durch diese Vermehrung der Maschinenwärterstellen wird die Position II 4 dieses Budgets „Für außerordentliche Hilfeleistungen bei den maschinellen Betrieben“ um 2500 M. entlastet. Falls sich geeignete Militäranwärter nicht melden, sollen die beiden Stellen den bereits seit mehreren Jahren den Dienst versiehenden beiden Hilfswärtern verliehen werden, denen bei ihrer Anstellung sofort eine Alterszulage zu bewilligen sein würde. Eingestellt sind daher für die beiden Stellen je 1280 M., in Rücksicht darauf, daß den beiden Wärtern im Laufe des Rechnungsjahres 1906 auch die zweite Alterszulage zu gewähren ist.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 3 ist von 10 200 M. auf 14 000 M. erhöht worden, da die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt hat, daß beim Durchholen der großen Lloyd-Dampfer durch die große Kaiserichleuse eine größere Anzahl von Hilfskräften wünschenswert ist.

Pos. 4 konnte von 17 500 M. auf 15 000 M. ermäßigt werden, da die Anstellung von 2 Maschinenwärtern an Stelle von 2 Hilfswärtern, deren Tagelohn hier verbucht wurde, beantragt ist.

C. Bauliche Unterhaltung der Hafenwerke.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. 1 a ist mit Rücksicht auf die Einrichtung des Dampfsprahms III mit Feuerlöschleinrichtung, wodurch ein Wachtmann erforderlich wird, von 29 000 M. auf 30 000 M. erhöht worden.

Pos. 1 f. Für die gewöhnliche Unterhaltung der genannten Fahrzeuge sind wie bisher 10 000 M. eingesetzt worden.

Pos. 1 g. Für die Unterhaltung der neu beschafften Feuerlöschleinrichtung auf dem Dampfsprahm III sind 500 M. mehr eingestellt worden.

Pos. 4. Für die gewöhnliche Unterhaltung sind wie bisher 13 600 M. angesetzt worden. Als einmalige Ausgaben erscheinen 3000 M. für die notwendige Erneuerung von 250 lfd. m Reibhölzer an den Bassinmauern im Neuen Hafen und im alten Teil des Kaiserhafens, sowie 2250 M. für die erforderliche Erneuerung von etwa 250 cbm Packwerk am Vorhafen des Neuen Hafens.

Pos. 5. Gewöhnliche Unterhaltung wie bisher 2700 M.

Pos. 7. Gewöhnliche Unterhaltung wie bisher 17 500 M. Als einmalige Ausgaben erscheinen die Kosten für die notwendige Erneuerung des Bohlenbelags auf der Fahrbrücke über die Verbindungsschleuse mit 1200 M.

Pos. 8. Gewöhnliche Unterhaltung wie bisher 23 750 M. Als einmalige Ausgabe erscheint die Summe von 2300 M. für das erforderliche Umlegen des stark verjacketen Klinkerpflasters auf der Raje an der Westseite des Güterschuppens Nr. 12 am Kaiserhafen.

Pos. 10. Diese Position ist von der preußischen Wasserbauinspektion in Geestemünde auf 2200 M. veranschlagt worden.

D. Unterhaltung der Bahnhofsanlagen.

I. Sachliche Ausgaben. Pos. 1 hat die preußische Eisenbahnverwaltung auf 109 200 M., gegenüber 88 900 M. für 1905, veranschlagt und zwar für die gewöhnliche Unterhaltung 108 000 M. und für die erforderliche Verbesserung der Sicherungsanlage der kleinen Rollbrücke an der Kaisererschleuse 1200 M.

Pos. 3 ist mit Rücksicht auf das Hinzukommen der neuen Eisenbahn-Fischverandahalle um 250 M. höher eingesetzt worden. Als einmalige Ausgabe erscheinen die Kosten für die Herstellung eines 5 mal 5 m großen Wellblechschuppens zur Unterbringung der mit der Bahn ankommenden feuergefährlichen Güter, als Benzin, Sprit und dergleichen, mit 1200 M. Bislang diente für diesen Zweck ein alter hölzerner Schuppen, der aber keinen genügenden Schutz mehr bietet und nicht mehr reparaturwürdig ist.

E. Beleuchtung der Häfen.

Elektrisches Licht. IV. Sachliche Ausgaben. Pos. 2 ist auf Grund bisheriger Erfahrung von 4000 M. auf 3000 M. erniedrigt worden.

Pos. 3 mußte von 10 000 M. auf 11 000 M. erhöht werden, da die bisherige Summe nicht mehr ausreicht.

F. Verschiedenes.

Die Positionen erscheinen mit denselben Ansätzen wie im Vorjahre.

G. Unterhaltung und Reinigung der außerhalb des Hafengebiets belegenen Straßen, Wege und Anlagen.

I. Sachliche Ausgaben. Die gewöhnliche Unterhaltung ist wie bisher mit 4500 M. veranschlagt worden. Als einmalige Ausgabe erscheinen 2000 M. für die notwendige Herstellung eines Trottoires an der Westseite der Kaiserstraße, zwischen der Querstraße und dem Richterschen Wohnhause. Die Herstellung des Trottoires ist vom Stadtrat zu Bremerhaven als dringend notwendig bezeichnet worden.

Hafen zu Vegeesack.

II. Sachliche Ausgaben. Pos. a. Für die gewöhnliche Unterhaltung sind, wie bisher, 3500 M. erforderlich. Die weiter eingesetzte Summe von 1500 M. ist für die notwendige größere Ausbaggerung der Einfahrt und des Hafenbeckens vorgesehen.

Pos. b. Die Mehrausgabe von 200 M. ist für zu beschaffende Sommeranzüge für die vier Hafenwächter erforderlich.

Bremen, den 28. Dezember 1905.

Die Deputation für Häfen und Eisenbahnen.

(gez.) Barthausen. (gez.) Smidt. (gez.) Addicks.

Budgetbericht der Deputation für das städtische Orchester und Theater.

Anlage 14.

Hierneben überreichen wir ergebenst das Budget des Stadttheaters für 1906 in zwei Ausfertigungen und bemerken zu dessen Begründung das Folgende:

Zu 1. Die Position „Inventar, Unterhaltung“ ist seit langer Zeit unverändert und reicht nicht mehr aus. Ein Betrag von 400 M. wird für Miete eines Teiles des Pachthauses hinter dem Hause Schlüsselkorb 1a, in welchem ein Teil des Inventars lagert, an die Verwaltungsdeputation gezahlt. Wir haben diesen Betrag besonders eingestellt, um so für die wirkliche Unterhaltung des Inventars den gleichen Betrag zu gewinnen.

Zu 6. Die Vergrößerung des Orchesterraumes und der Umbau des Parketts, welche im vorigen Jahre abgelehnt sind, werden von neuem beantragt. Beide Veränderungen, welche in unserm vorjährigen Budgetbericht (Verhdlg. S. 140 ff.) näher dargelegt und begründet sind, müssen als dringend wünschenswert bezeichnet werden. Der Kostenschlag hat um 2500 M. erhöht werden müssen, weil auf Verlangen der Feuerwehr noch zwei Nebenausgänge vom Vestibül nach der Straße projektiert, ferner die Malerarbeiten in den vom Umbau berührten Räumen inzwischen völlig erneuerungsbedürftig geworden und die Arbeitslöhne gestiegen sind.

Zu 7. Der Deutsche Bühnen-Verein und die Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger haben im Jahre 1903 beschlossen, daß den weiblichen Chormitgliedern der Theater, wie es bisher schon für die männlichen geschehen ist, die historischen Kostüme, welche dieselben jetzt auf eigene Kosten anschaffen müssen, geliefert werden sollen, und zwar für die Hoftheater vom 1. September 1907, für jede andere Bühne von dem Tage an, an dem sie von einem neuen Bühnenleiter übernommen wird, oder von dem ab der derzeitige Bühnenleiter sie auf Grund eines verlängerten oder abgeänderten Vertrages fortführt. An unserem Theater würden hiernach vom 1. September 1908 an den Choristinnen die historischen Kostüme zu liefern sein. Die genannten Körperschaften haben im April 1904 an alle Behörden, welche Theater zu verwalten haben, das Ersuchen gerichtet, ihre Bühnenleiter bei der Beschaffung der historischen Kostüme zu unterstützen. In dem betreffenden Schreiben ist ausgeführt, daß eine Gesundung der Theaterverhältnisse nicht zu erreichen sei, wenn nicht die Behörden den in der Neuzeit wesentlich veränderten Zuständen Rechnung tragen und spätestens bei der Erneuerung der Pacht in der Schaffung günstigerer Bedingungen für den Übernehmer des Theaters fortfahren würden, und ferner, daß es dringend wünschenswert sei, den gering bezahlten Choristinnen die Sorge für die kostspieligen historischen Kostüme abzunehmen. Die Deputation ist der Meinung, daß die Lieferung der historischen Kostüme an die weiblichen Chormitglieder nicht nur in deren Interesse, sondern auch für das Theater selbst dringend zu wünschen ist, da eine gute und gleichmäßige Kostümierung des Chors eine nicht unerhebliche Verbesserung der zahlreichen Vorstellungen, in denen der Chor mitzuwirken hat, mit sich bringen würde, hält es aber nicht für richtig, die Anschaffung der Kostüme durch den Theaterdirektor, dessen Eigentum dieselben solchenfalls werden würden, zu unterstützen, sondern empfiehlt, sie nach und nach ganz für Rechnung des Staates herstellen zu lassen. Der Besitz der Kostüme würde eine wünschenswerte Vermehrung unsers Inventars bilden und uns vor der Möglichkeit bewahren, daß bei einem Wechsel in der Leitung des Theaters die Kostüme wieder fehlen würden.

Nach einem vorläufigen Überichlage wird die Anschaffung einen Kostenaufwand von etwa 15 bis 20 000 M. verursachen. Bei Verwendung der von dem Theaterdirektor jährlich zur Ergänzung des Inventars an die Deputation zu zahlenden 3000 M., oder doch eines größeren Teiles dieses Betrages, und eines jährlichen Zuschusses aus Staatsmitteln im Betrage von 3000 M. hofft die Deputation bis zum 1. September 1908 einen im wesentlichen ausreichenden Bestand der fraglichen Kostüme herstellen lassen zu können.

Bremen, den 30. Dezember 1905.

Die Deputation für das städtische Orchester und Theater.

(gez.) Stadtländer. (gez.) Philipp Heincken.

Budgetbericht der Baudeputation, Abteilung Hochbau.

Außerordentliche Ausgaben.

- 1) Neue Schule in der Bahnhofsvorstadt. 240 000 M., vergleiche den Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 22./20. Dezember 1905 (Verhdlg. S. 1091, 1092).
- 2) Neubau einer zweiten Volksschule in der Vorstadt Gröpelingen. Rest. Vergleiche den Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 13./11. Oktober 1905 (Verhdlg. S. 871, 872).

Mit den Bauarbeiten wird voraussichtlich im Frühjahr 1906 begonnen, und der von der Schuldeputation in Aussicht genommene Termin für die Eröffnung der Schule, April 1907, eingehalten werden können. Es werden daher die gesamten Baukosten beantragt. Der Kostenschlag schließt mit 258 500 M. ab, dazu kommen die Ankaufskosten mit 31 925 M., so daß ohne etwaige Pflasterkosten 290 425 M. erforderlich sind. Hiervon ist die erste Baurate mit 36 000 M. bewilligt, und der Rest mit 254 425 M. in das Budget 1906 einzustellen.

- 3) Errichtung einer III. Realschule in der Neustadt. II. Rate. Vergleiche den Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 10./8. November 1905 (Verhdlg. 1905, S. 969, 970).

Da mit dem Bau dieser Schule voraussichtlich im Sommer 1906 wird begonnen werden können, wird eine weitere Rate von 150 000 M. erbeten.

- 4) Umbau der Gebäude der Hauptschule in der Altstadt. I. Rate. Vergleiche den Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 15./22. Juni 1904 (Verhdlg. 1904, S. 565, 599). Der Entwurf für den Umbau ist ausgearbeitet, und der Kostenschlag schließt mit 101 800 M. ab. Die Arbeiten können nicht auf einmal ausgeführt werden, weil immer die eine Hälfte des Gebäudes für den Schulbetrieb in Benutzung bleiben muß. Eine erste Baurate von 60 000 M. ist für das Jahr 1906 eingestellt.
- 5) Anbau an die Turnhalle der Schule Lessingstraße. Vergleiche den Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 22./20. Dezember 1905 (Verhdlg. 1905, S. 1091, 1092).
- 6) Spülklosettanlagen. VII. Rate. Mit der Einrichtung der Spülklosettanlagen in den Staatsgebäuden ist fortzufahren.

Für das Rechnungsjahr 1906 kommen nach der Aufstellung der Polizeidirektion in Frage:

1) Schule Westerstraße	Kosten etwa M.	5 500
2) " Elisabethstraße	" " "	7 000
3) " Waller Chaussee	" " "	2 700
4) Wohnhaus Teerhof Nr. 3	" " "	600
5) " gr. Annenstraße Nr. 3	" " "	500
6) " gr. Annenstraße Nr. 4	" " "	500
7) " Herrlichkeit Nr. 14	" " "	1 500
8) " Herrlichkeit Nr. 15	" " "	2 000
9) " Herrlichkeit Nr. 16	" " "	1 000
10) " Hohentorstraße Nr. 92	" " "	500
11) " Hohentorstraße Nr. 99	" " "	500
12) " Hohentorstraße Nr. 101	" " "	500
13) " Osterstraße Nr. 1a	" " "	600
14) " Osterstraße Nr. 79a	" " "	350
15) " Osterstraße Nr. 79b	" " "	350
16) Packhaus Osterstraße Nr. 3	" " "	900
17) Chem. Laboratorium	" " "	1 000
		<u>M. 26 000</u>

Abteilung Hochbau.
Aufgaben.

t. 240 000 M., vergliche
20. Dezember 1905 (Verhdlg.

der Vorstadt Gröpelinger
Bürgerchaft vom 13./11. D

im Frühjahr 1906 begun-
genommene Termin für die
werden können. Es werden be-
anschlag schließt mit 258 500
925 M., so daß ohne etw
Hiervon ist die erste Sum-
4 425 M. in das Budget 190

der Neustadt. II. An-
schaft vom 10./8. November 190

schlich im Sommer 1906 mit
Rate von 150 000 M. erheben
in der Altstadt. I. An-
schaft vom 15./22. Juni 190
urf für den Umbau ist mit
1 800 M. ab. Die Arbeiter
immer die eine Hälfte de
ben muß. Eine erste Sum-
st.

Leßingstraße. Vergleich
m 22./20. Dezember 1906

Einrichtung der Spültoiletten

der Aufstellung der Bänke

...	Kosten etwa M.	5 500
...	"	7 000
...	"	2 700
...	"	600
...	"	500
...	"	500
...	"	1 500
...	"	2 000
...	"	1 000
...	"	500
...	"	500
...	"	500
...	"	600
...	"	350
...	"	350
...	"	900
...	"	1 000
...	"	M. 26 000

Von dieser Summe ist ein in Restverwaltung zu nehmender Betrag von rund 10 000 M. abzusetzen. Neu zu bewilligen sind demnach 16 000 M. Dieser Betrag ist in das Budget eingestellt.

- 7) Bureaugebäude für die Bauverwaltungen. I. Rate. Die Bureau-räume der Baudirektion, Hochbauinspektion, Wasserbauinspektion und der Deich- und Wegbauinspektion sind zu klein und genügen nicht mehr den heutigen Bedürfnissen. Es wird beabsichtigt, ein Zentralbureaugebäude zu errichten, das die eben genannten Behörden aufnehmen soll. Die Zusammenlegung der Dienst-räume der Bauabteilungen war bereits bei Organisation des Bauwesens im Jahre 1875 als notwendig hingestellt. Die Baudeputation hat zur Prüfung dieser Angelegenheit eine Subkommission ernannt. Die Subkommission hat die Hochbauinspektion um die Vorlegung und Veranschlagung eines Projektes ersucht, das die Unterbringung der Baudirektion, Hochbauinspektion und Wasser- oder Wegbauinspektion in einem Flügelbau an der Südwestseite des Grundstücks zwischen Werder- und Holzstraße ermöglicht. Dabei soll einerseits die Er-weiterungsmöglichkeit im Auge behalten, andererseits aber die Beschränkung auf das gegenwärtig vorhandene Bedürfnis angestrebt werden. Der Kostenüberschlag dieses Teilbaues schließt mit 295 000 M. ab. Eine erste Baurate von 50 000 M. würde für das Rechnungsjahr 1906 genügen.

Hierbei sei bemerkt, daß die Baudirektion eine Verbesserung der Dienst-räume im Erdgeschoß des jetzigen Bureaugebäudes durch Zusammenlegung der Kanzlei und Registratur, sowie des Telephonzimmers nebst Formularraum beantragt. Die Kosten sind zu 7000 M. veranschlagt und unter Titel 22 des Budgets für den Hochbau eingestellt; sie können im Falle der Genehmigung des Neubaus wegfallen.

- 8) Kapelle auf dem Friedhof in Woltmershausen. Vergleiche den Beschluß von Senat und Bürgerchaft vom 22./20. Dezember 1905 (Verhdlg. S. 1091, 1092).
- 9) Zentralfireurwache. Neubau eines Dienstwohngebäudes mit Werkstätten und Wagenhuppen. Vergleiche den Beschluß von Senat und Bürgerchaft vom 19. Juni/1. Juli 1903, (Verhdlg. S. 451, 465, 595).

Die Löschdeputation hat den erläuternden Bericht über die geplante Erweiterung erstattet und den Entwurf des Dienstwohngebäudes Senat und Bürgerchaft vorgelegt. (Verhdlg. 1905, S. 265). Auf Antrag der Budgetkommission ist dieser Posten gestrichen. Die Löschdeputation wird beantragen, die zu 88 000 M. veranschlagten Baukosten je zur Hälfte in das Budget pro 1905 und 1906 einzustellen.

- 10) Feuerwache III. Werkstättengebäude mit Steigegerüst. Der Bericht wird demnächst erstattet werden.
- 11) Fuhrparkstelle II. Stallgebäude mit Aufseherwohnung. Die Hochbauinspektion hat auf Wunsch der Deputation für die Straßenreinigung einen Entwurf ausgearbeitet. Der Bericht wird demnächst erstattet werden.
- 12) Krankenanstalt, Erweiterung des chirurgischen Hauses. Die Deputation für die Krankenanstalt hat bei der Baudeputation beantragt, mit tunlichster Beschleunigung ein Projekt für eine Erweiterung des chirurgischen Hauses ausarbeiten zu lassen.

Das Projekt wird in Kürze vorgelegt.

Die Kosten sind überschläglich zu 380 000 M. ermittelt.

- 13) Anbau an die Lehrerwohnung der Strafanstalt. Die Lehrer-wohnung hat sich schon seit Jahren als zu klein erwiesen, so daß schon ganz ungeeignete Räume wie die Speisekammer und schrägen Bodenräume zum Schlafen benutzt werden mußten. Um diesem Übelstande abzuhelpen, ist geplant worden, den jetzt einstöckigen Giebelanbau, in dem der Lehrer Fies seine als

Familien schlafstube dienende Giebelstube hat, um ein Stockwerk zu erhöhen, so daß alsdann in diesem Anbau zwei vollständige Zimmer von 3,30 und 3,80 zu 5,50 m Größe, wie sie in dem vom Inspektor bewohnten Erdgeschoß vorhanden sind, geschaffen werden. Das Dach mit dem Kniestock wird in derselben Weise, wie es jetzt steht, wieder aufgesetzt, und oben noch eine Giebelstube, wie die jetzt vorhandene, wieder eingerichtet. Die Kosten werden etwa 4000 M. betragen.

- 14) Archivgebäude. I. Rate. Für das Budgetjahr 1906 ist auf Wunsch der Deputation für den Neubau des Stadthauses eine erste Rate von 70 000 M. eingestellt.
- 15) Amtshaus in Begeßack. Anbau. Der Senatskommissar für die Hafenstädte hat die Baudeputation ersucht, ein Projekt für einen Anbau an das Amtshaus in Begeßack auszuarbeiten. In diesem Anbau soll eine Wohnung für den Amtsvorsteher eingerichtet werden. Der Bericht wird demnächst erstattet werden. Die Kosten sind zu 12 500 M. veranschlagt.
- 16) Neue Bedürfnisanstalten:
 - a. Beim Hohentor und Buntentor. Im Budget 1904 waren für sechs neue Bedürfnisanstalten 30 000 M. eingestellt. Es sind nunmehr noch zwei Anlagen zu beantragen, die beim Hohentor und Buntentor errichtet werden sollen. Den Projekten sind Lagepläne beigelegt.
Die Kosten sind für jede Anlage mit 4200 M. ermittelt.
 - b. In Horn, Endstation der Straßenbahn. Die zum Budget 1905 beantragte Bedürfnisanstalt ist nicht bewilligt worden.
Der Landherr ersucht den Posten wieder einzustellen.
Die Kosten sind zu 5300 M. veranschlagt. Es handelt sich um ein Gebäude ähnlich dem am Eingange des Bürgerparks gelegenen.
 - c. In Burg, Endstation der Straßenbahn. Desgleichen, wie vor.
Kosten 5000 M.
- 17) Neue Unterrichtsräume für das Gewerbemuseum. Die Behörde für das Gewerbemuseum beantragt, ein Projekt zur Schaffung neuer Unterrichtsräume auszuarbeiten. Die Hochbauinspektion schlägt vor, auf dem Hofe einen einfachen Fachwerksbau zu errichten, der die von Herrn Direktor Högg beantragten Räume aufnehmen soll. Die Kosten dieses Baues sind zu 20 600 M. veranschlagt. Den erläuternden Bericht erstattet die Behörde für das Gewerbemuseum.
- 18) Um- und Erweiterungsbau der Polizeiwache im Zollanschlußgebiet. Die Polizeidirektion hat beantragt, die für eine Vergrößerung der Polizeiwache im Zollanschlußgebiet ermittelten 9000 M. in das Budget 1906 einzustellen.
Projekt und Kostenanschlag werden Senat und Bürgerschaft vorgelegt.
Bremen, im Dezember 1905.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau.
gez.) **Rebelthan.** (gez.) **Wuppelahl.**